

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Bezugspreis: Vierteljährlich 21.-, monatlich 7.-...

Anzeigenpreis: Die oberste Zeile eines Anzeigens...

Redaktion und Expedition: SW. 68, Lindenstr. 3.

Donnerstag, den 22. April 1920.

Vorwärts-Verlag S. m. b. H., SW. 68, Lindenstr. 3.

Risse in der Entente.

Amerika sagt sich gänzlich los.

Vom Versailler Vertrag und von Europa überhaupt. Paris, 21. April. Nach dem New York Herald...

Italien und England gegen Frankreich.

Seine Gewaltmittel. - Mildere Auslegung des Vertrages. San Remo, 21. April. Der Oberste Rat...

Das Problem der Entwaffnung Deutschlands

Amsterdam, 21. April. Westminster Gazette schreibt, das Problem der Entwaffnung Deutschlands...

Der Frieden mit der Türkei.

Sankon, 21. April. (Nachdem das Holländische Neus-Bureau.) Ein offizieller Bericht aus San Remo...

Gegen Wilson sind sie einig...

Paris, 21. April. Das erste Ergebnis der Konferenz in San Remo scheint der Beschluß zu sein...

Griechenland, der Löwe des Balkans.

Hauptgewinner bei der Lotterie. Paris, 21. April. Intransigent berichtet aus San Remo...

Der Völkerverbund drückt sich.

San Remo, 20. April. (Nachdem das Holländische Neus-Bureau.) Der Völkerverbund hat das Mandat über Armenien...

Labour Leader über Frankreich.

Für Lösung des Bündnisses. Das Zentralorgan der Unabhängigen Arbeiterpartei Englands...

Das Vorgehen Frankreichs gegen Deutschland ohne die Zustimmung seiner Bundesgenossen...

Diese Stimme des Londoner Arbeiterblattes, die wohl nur das zum Ausdruck bringt, was Millionen von englischen Proletariern...

Kommunistische Wirtschaftsprobleme.

Von R. v. Schmidt, Reichswirtschaftsminister.

In den aufgeregten politischen Tagen ist von Teilen der Arbeiterklasse mit viel Begeisterung das kommunistische Problem der Nationalisierung...

Leider stehen bei dem gestörten Verkehr mit Rußland und den einseitigen Mitteilungen der dort erscheinenden Presse wir nicht in unmittelbarer Verbindung...

Das Zentralkomitee der kommunistischen Partei Rußlands wendet sich an alle der Partei angeschlossenen Organisationen...

Die wirtschaftlichen Verhältnisse sind es vor allem, die große Aufgaben an uns stellen. Die Arbeiter brauchen Brot...

Nicht minder düster lautet die Schilderung in einem Aufruf an das gewerkschaftlich organisierte Proletariat Europas...

Wir sagen euch offen, daß die Lage des russischen Proletariats eine sehr schwierige ist: es leidet an Hunger, an Kälte, an Warenmangel...

Diese ungünstige Gestaltung der Lage hängt ganz wie bei uns mit einer Abneigung der Landwirtschaft zusammen...

Wenn man dem Referat bei dem Kongreß der Volkswirtschaftsräte folgt, so ergibt sich für die Industrie ein ganz trauriger Zustand...

die gleiche Krise in der Textilindustrie wie in bezug auf die Baumwolle besteht. Die Viehbestände sind ebenso zurückgegangen, eine Verminderung von Leder und Wolle unter den eigenen Bedarf ist damit eingetreten. Leder bildete sonst für Ausland einen großen Exportposten.

Von den 4000 nationalisierten Fabrikunternehmungen sind 2000 außer Betrieb gesetzt und gegenwärtig sind nur etwa 1000000 Arbeiter beschäftigt. Wie es unter diesen Umständen in der Industrie aussieht, läßt sich denken. Von 97 Hochöfen im Uralgebiet sind nur 14 in Betrieb. Die Lokomotivbauanstalten haben gegen 1913 nur eine Leistung von 40 Proz. aufzuweisen. Der Wagenaufbau ist auf 10 Proz. gesunken. Von den landwirtschaftlichen Maschinen werden nur 30-40 Proz. gegen 1913 hergestellt. In der Textilindustrie waren von den 7 Millionen Spindeln nur 7 Proz. in Betrieb. Der Bestand an Korn, der im vorigen Jahre noch 723 000 Pud betrug, ist gesunken bis auf 167 000 Pud. Kofow schlägt dann seinen Bericht mit folgendem für uns recht beachtlichen Hinweis:

Es ist notwendig, daß stramme Disziplin gewahrt wird, daß die Arbeitermassen sich bei der Unterstützung der Arbeit ebenso groß erweisen, wie bei der Verteidigung von Moskau und Petrograd. Faulenzer und Egoisten müssen ebenso verfolgt werden, wie die Weichgardisten.

Also auch dort trotz der großen Begeisterung für die Diktatur des Proletariats der Mangel an Gemeinnut, das Fehlen eines starken Antriebes, für die wirtschaftliche Neuordnung tatkräftig mitzuarbeiten. Ja, das freie Sowjetrusland fühlt sich genötigt, den Arbeitszwang durchzuführen, da die Arbeitsleistung auf ein so tiefes Niveau gesunken ist, daß ein weiterer Rückgang mit Sicherheit den vollkommenen Verfall herbeiführen würde. Es ergibt sich aus den hier nur kurz wiedergegebenen wichtigen Einzelheiten des Referats auf dem Kongreß der russischen Volkswirtschaftsräte, daß sich dort die gleichen volkswirtschaftlichen Störungen wie bei uns, nur in erheblicher Vergrößerung wiederholen. Mitbin, ein anderes politisches System, eine wirtschaftliche Organisation, die sich angeblich losgelöst von allem kapitalistischen Interesse, hat vorläufig nicht den Weg zu einer Gesundung der wirtschaftlichen Verhältnisse finden können. Dabei muß es überraschen, daß in der russischen Korrespondenz von A. Lonow der Beteiligung von ausländischem Kapital zur Stärkung der russischen Industrie das Wort geredet wird und anscheinend sind auch bereits Verhandlungen im Gange, die ausländische Finanzgruppen an der Ausbeutung großer wirtschaftlicher Werte interessieren wollen. So muß sich die russische Rätediktatur, wenn nicht dem russischen Kapitalismus, so doch dem ausländischen Kapitalismus verschreiben. Eine Lösung, die deutlich die Schwächen des kommunistischen Standpunktes offenbart, aber auch erkennen läßt, wie unter dem Zwang der Verhältnisse die kommunistischen Pläne kapitalistisch beeinflusst werden.

Soviel ist aus dem russischen Beispiel für uns zu entnehmen, daß der Weg, den die deutsche Sozialdemokratie gewählt hat, auf der gegebenen Grundlage des wirtschaftlichen Aufbaus die Reformen zu betreiben, der allein richtige ist.

Die Steigerung der Produktion, die volle Leistungsfähigkeit unserer Transporteinrichtungen ist für die nächste Zeit das Entscheidende, erst dann lösen sich alle anderen Aufgaben leicht und ohne große Störungen. Das russische Beispiel zeigt den umgekehrten Weg; aber die Klagen über die Hungernot in einem Lande, das einen Ueberfluß an landwirtschaftlichen Erzeugnissen hat, der weitere Verfall der Industrie, sind die schwersten Anklagen gegen ein vollkommen verfehltes politisches und wirtschaftliches System.

Selbstverwaltung der Schulen.

Von Walter Victor.

Der hamburgische Senat verfaßt unter dem 13. April ein von der Bürgererschaft einstimmig beschlossenes Gesetz über die Selbstverwaltung der Schulen im hamburgischen Staatsgebiet. Hamburg, immer schon etwas voraus auf diesem Gebiete, geht dadurch den Schlußstein zu einer Kulturart, die in den anderen deutschen Ländern weitest nachahmung finden sollte. Schon der Eingangsparagraph des Gesetzes stellt seinen Inhalt und wesentlichen Kern hin: Die unmittelbare Verwaltung einer jeden der Ober- und Mittelschulen erfolgt durch den Lehrkörper und den Elternrat.

Der Fortschritt gegenüber der alten autoritativen Schulleitung ist augenfällig, wenn auch nicht so weit gegangen wie in den Schulerlassen der Revolutionszeit, was das Mitbestimmungsrecht der Schüler anbelangt. Dieses ist insofern berücksichtigt, als der Elternrat zu seinen Sitzungen Vertrauensschüler (von denen jede Klasse einen wählt) als Vertreter der Schülerschaft mit beratender Stimme heranziehen kann. Diese haben Gelegenheit, Anträge einzubringen und zu begründen. Der Lehrkörper wählt den Schulleiter gemeinsam mit der Elternschaft durch einen Vertreterkörper, dessen Zusammensetzung eine besondere Bestimmung regelt. Der Schulleiter wird auf drei Jahre gewählt. Er verwaltert sein Amt, das er ohne besondere Amtsbezeichnung führt, ehrenamtlich, er führt den Vorsitz im Lehrkörper und leitet die Schule nach Maßgabe der gesetzlichen Vorschriften und Bestimmungen der Ober- und Mittelschulbehörde sowie der Beschlüsse des Lehrkörpers und des Elternrats. Er und zwei weitere Lehrer wählen mit neuen Vertretern der Elternschaft, die in Vertretungswahl mit freier Liste auf zwei Jahre gewählt werden, den Elternrat, der alle den Schulleiter berührenden Fragen zum Gegenstand der Beratung und Beschlussfassung werden kann. Dessen Vorsitz führt jederzeit der „Einblick in den Schulbetrieb“ gestattet ist und der „die Aufsicht über Erziehungs- und Unterrichtsfragen auch über den Kreis der Elternschaft hinaus fördern“ soll.

Der Ober- und Mittelschulbehörde, der gewisse Referatsrechte gegenüber der Selbstverwaltung zugesprochen werden, steht als Abordnung des ganzen Aufbaus der Schulverwaltung zur Seite. Er besteht aus einer Eltern- und einer Lehrerschaft von je 100 Mitgliedern, die ebenfalls auf zwei Jahre von den Elternräten resp. den Lehrkörpern in freier Willkür nach dem Verhältnisprinzip so gewählt werden, daß die Kammer sich zu 66 Proz. aus Vertretern der Volksschulen, zu 22 Proz. aus Vertretern höherer Standeschulen und zu 10 Proz. aus solchen der Landgemeinden und nichtöffentlichen Schulen zusammensetzt. Der Schulleiter macht auf das Schulwesen betreffenden Fragen zum Gegenstand seiner Beratung, er stellt Anträge und verfaßt Gutachten und darüber hinaus hat die Ober- und Mittelschulbehörde über alle das Schulwesen betreffenden Besprechungen

Die Reichskonferenz.

Die Reichskonferenz der Sozialdemokratischen Partei, die am 2. und 3. März in Berlin stattfand, wird voraussichtlich am 5. und 6. Mai stattfinden.

Die Reaktionsgefahr in Pommern.

Baltikumer sperren Dänholm.

Wie der Sonderberichterstatter der „Deutschen Allgemeinen Zeitung“ aus Stettin berichtet, ist die Lage in Pommern durchaus nicht so harmlos, wie die militärischen Berichte sie schildern. Die vom Reichswehrministerium entsandte militärische Kommission hat ihre Erkundigungen in der Hauptsache von dem reaktionären Land- und Bürgerbund und vom Bezirkskommando 2 in Stettin bezogen, dessen Offiziere nicht so zuverlässig sind, daß ihre Auskünfte als wahrheitsgetreu gelten können. So muß gegenüber der Erklärung, daß sich keine Baltikumverbände in der Provinz befinden, festgestellt werden, daß zwar die einzelnen Baltikumabteilungen aufgelöst und ihnen zum Schein die Waffen abgenommen sind, daß sich die Leute aber alle nachts die Waffen aus den Depots wiedergeholt haben. Ueberdies haben sie weit mehr Waffen, als sie nach ihrer Kopfszahl berechtigt sind.

Besondere Gefahr sind Dänholm (die befestigte Insel bei Stralsund) und der Truppenübungsplatz Krefow. Hier werden dauernd Offiziere, Mannschaften und Unteroffiziere aufgelöster Abteilungen eingekleidet und mit neuen Waffen versehen. Die Führer dieser Abteilungen sind ohne Ausnahme regierungsfeindlich und hatten sich seinerzeit der Kapp-Regierung zur Verfügung gestellt. Außerdem sind noch Teile der Eisernen Division aus dem Munsterlager nach Pommern gekommen. Sie treten dort in geschlossenen Formationen auf und werden teilweise in Form von Arbeitsgemeinschaften auf die Güter gebracht. Die Zahl der in Pommern befindlichen bewaffneten Baltikumer ist auf 4000 Mann einzuschätzen.

Wie das „Berliner Tageblatt“ berichtet, ist Dänholm von den Baltikumern besetzt und abgesperrt. Die Posten haben den strengsten Befehl, niemand zur Insel durchzulassen, und es ereignete sich gestern der merkwürdige Vorfall, daß selbst dem Regierungspräsidenten Gaußmann der Zutritt verweigert worden ist.

Wir müssen immer wieder fragen, wann endlich ernsthafte Anstalten gemacht werden, die reaktionäre Landplage zu beseitigen. Seit Wochen erleben wir die Komödie, daß die Baltikumer in Deutschland spazieren gefahren werden, ohne daß es gelingt, sie endgültig abzurufen. Bei der milden Behandlung, deren sich Rechtskonservativen erfreuen, sind ja die Putzschiffen beinahe im Rechte, wenn sie die demokratische Regierungsgewalt noch weniger ernsthaft nehmen als jeweilige Eide. Wo ist auch die Macht eines Reichswehrministers, dessen Gespräche unter Vorzensur gestellt sind, und der nicht einmal eine Abordnung ausenden kann, ohne daß diese den Reaktionen Vorlauf leistet. Wie die Tatsachen beweisen. Die unmittelbaren Folgen sind, daß die Putzschiffe immer frecher werden, die Bevölkerung immer unruhiger, die Arbeiterchaft immer radikalere — während die Entente kein flottes Wasser auf ihre Mühlen sich wünschen könnte.

Gilfa beurlaubt.

Major von Gilfa ist aus dem Stabe des Reichswehrministers ausgeschieden und ist bis zu anderweitiger Verwendung in der Reichswehr beurlaubt worden.

Umorganisation des Reichswehrministeriums.

Wie die „Telegraphen-Union“ von zühändiger Seite erzählt, wird augenblicklich unter Leitung des Reichswehrministers Geßler das Reichswehrministerium einer durchgreifenden Umorganisation unterzogen.

Hochbetrieb im Reichsgericht.

Hoffen wir das Beste.

Leipzig, 21. April. Wie die „Leipziger Neueste Nachrichten“ melden, ist bei dem Reichsgericht in Leipzig die Voruntersuchung gegen Kapp, Lüttich und Genossen wegen Hochverrats in vollem Gange. Täglich laufen beim Oberreichsanwalt eine große Anzahl neuer Anzeigen ein, die sofort geprüft werden. Die Bekanntgabe der Namen der Beschuldigten und am Kapp-Futich beteiligten Personen und der ihnen zur Last gelegten Verbrechen ist aber so lange unbestimmt, bis die Voruntersuchung abgeschlossen ist. Auch im Verfahren gegen die deutschen „Kriegsverbrecher“ ist die Voruntersuchung in vollem Gange. Sie wird aber erschwert durch die mangelhaften und zum Teil ganz falschen Angaben der Auslieferungsliste. Die Eröffnung des Hauptverfahrens bei beiden Prozessen ist noch unbestimmt. Gegen den vom Reichswehrminister Dr. Geßler bez Landesverrats beschuldigten unabhängigen Abgeordneten Brag ist die Voruntersuchung und damit die Verhandlung vor dem Reichsgericht, wie die „Leipziger Neuesten“ weiter erfahren, bislang unmöglich, da die Nationalversammlung die Unberücksichtigung des Abgeordneten Brag noch nicht aufgehoben hat.

Kapp-Anfrage.

Eine sozialdemokratische Anfrage in der Nationalversammlung erbittet von der Reichsregierung Auskunft über die Möglichkeit, Kapp der Aburteilung durch die deutschen Gerichte zuzuführen.

Erzberger kein Steuerdefraudant.

Im Haushaltsausschuß gab Unterstaatssekretär Böckle die Erklärung ab, der gegen den ehemaligen Reichsfinanzminister Erzberger erhobene Vorwurf, er habe der Steuerbehörde gegenüber wesentlich falsche Angaben gemacht, sei durch das Ergebnis der eingehenden Untersuchung nicht bestätigt worden.

Die Absperrung Oberschlesiens.

Französische Putschkämpfer.

Berlin, 21. 4. (B.Z.) Zur Genehmigung der Einreise nach dem besetzten Gebiet Oberschlesiens verlangen die französischen Konsulate nicht nur ein Visum, sondern erschweren die Erlangung des Visums auch dadurch, daß sie die Antragsteller tagelang warten lassen. Außerdem wird für das Visum eine Gebühr von 67 M. verlangt. Hiergegen ist bei dem französischen Geschäftsträger Einspruch erhoben worden, auch gegen die Schwierigkeiten, die insbesondere das französische Konsulat in Breslau macht.

General Le Rond, dessen Stellung erschüttert sein soll, erklärte dem deutschen Abstimmungskommissar, es sei un wahr, daß er polnische Einmarschgelüste unterläge.

Korfantys Gründung einer christlichen Volkspartei zur Zersplitterung des Zentrums wird darauf zurückgeführt, daß nach polnischer Statistik von den 239 Abstimmungsbezirken nur 94 den Polen sicher, 1294 aber für Deutschland seien.

Warschau, 20. 4. (Dena). Der polnische Ministerrat hat beschlossen, beim Obersten Rat in Paris folgende Forderungen zu stellen: Verwirklichung der Gleichberechtigung der polnischen Bevölkerung bei der Abstimmung (3), Beseitigung des fast ausschließlichen Einflusses der deutschen Behörden und der Sicherheitsorgane in Oberschlesien und ferner Verschiebung der Volksabstimmung.

Deutschland erhält Kredit.

Paris, 21. April. Wie „L'Echo“ aus London meldet, soll Deutschland an dem Kredit von 25 Millionen Pfund Sterling, den das Unterhaus bewilligt hat, teilnehmen können. Es soll Garantie geleistet werden für deutsche Anleihen in England in Rohmaterialien und fertigen Erzeugnissen.

und wünscht auch über wichtige Verordnungen ein Gutachten des Schulrats einzufordern.

Es ist für die Verhältnisse in Hamburg kennzeichnend, daß das Gesetz eine grundsätzliche Gegnerchaft bei den Beratungen nicht gefunden hat, sondern daß von der äußersten Rechten bis zur äußersten Linken an seiner Gestaltung positiv mitgearbeitet wurde. Lediglich die Kontrolle der Privatbanken durch die Selbstverwaltung zeitigte den Widerspruch der bürgerlichen Parteien, der jedoch gegenüber der sozialistischen Mehrheit unterlag. So ist kaum anzunehmen, daß es in Hamburg zu einem Kulturkampf größeren Stils kommen wird. Der freischlägliche Sinn der Eltern- wie Lehrerschaft hat auf dem Boden des Gesetzes ein günstiges Kampffeld. Selbst die von der Bürgererschaft bis zur Tagung und Beschlussfassung der Reichskonferenz nach wie vor aufrechterhaltene Aufhebung des Religionsunterrichts wird daran nicht ändern.

Eine Akademie für Arbeiter, Angestellte und Beamte! Dieser Tage haben sich Frankfurter städtische und akademische Vertreter mit der Regierung über die Zukunft der Frankfurter Universität besprochen. Das Ergebnis der eingehenden Verhandlungen soll, wie die „Frankfurter Zeitung“ hört, günstig gewesen sein. Es dürfte eine Grundlage gefunden werden, die es ermöglicht, daß der Fehlbetrag von Reich, Staat und Stadt gedeckt wird. Von Bedeutung ist, daß das Reich einspringen soll. Bestimmte Beschlüsse über den Grund der Verweisung der einzelnen Institute sind noch nicht gefaßt. Es gab sich allgemein die Meinung kund, den in ihrer Existenz bedrohten Hochschulen zu helfen, und zwar nicht nur vorübergehend, sondern dauernd.

Die Besprechung beschäftigte sich nicht mit diesen Punkten. Sie wandte sich auch einer Frage zu, die für die Entwicklung des deutschen Hochschulwesens von erheblicher Bedeutung ist. In Uebereinstimmung mit den Ausführungen des preussischen Finanzministers waren alle Teilnehmer an der Konferenz darin einig, daß unabhängig von der Frankfurter Universität, aber in ihren Rahmen, eine Akademie für Arbeiter, Angestellte und Beamte errichtet werden soll. Ihre Besucher sollten sich eine gründliche Ausbildung aneignen, die sie befähigt, höhere Dienststellen, öffentliche und private, einzunehmen. Der Staat dürfte, wie es heißt, die Kosten der Errichtung der Akademie tragen, die mit diesem Aufgabentrag eine Neuheit des Bildungswesens darstellt in Deutschland und im Ausland. Die Auswahl der Bewerber soll durch die Gewerkschaften, die Angestelltenverbände usw. erfolgen.

Die Gründung solcher Akademien ist eine soziale, eine staatsrechtliche Notwendigkeit. Sie gehört zu den Aufgaben, deren Lösung mit dem Emporkommen Deutschlands auf die Stufe eines demokratisch organisierten Reiches gebieterisch gefordert wird. Was beim Ansehensreichen großen Volkshochschulen mit Betonung und unter dem lohnhaftesten Einsatz der Arbeiterchaft als eines der Ziele hervorgehoben wurde, wird auf dem Wege, der zunächst in Frankfurt beschritten werden soll, in entfernterer Zukunft und beschleunigt sich erreichen lassen. Die Bemerkungen, die in Deutschland seit Jahresfrist am Werk waren, eine Organisation des

demokratischen Ertrages der Revolution nicht aufkommen zu lassen, kennt jedermann. Akademische Schulen, die aus neuem Zielstreben erwachen, werden zu den Mitteln gehören, Kräfte zu entwickeln, die solchen Hemmungen die Macht abtragen werden.

Die Zeichenlehrerschaft Preußens beschäftigte sich, wie wir bereits kurz mitteilen, am Sonnabend in einer Delegierten-Versammlung, die vom Landesverein akademisch gebildeter Zeichenlehrer Preußens berufen war, erneut mit der Forderungsreform. Sie trat einstimmig einer bereits vom Gesamtvorstand, dem Aufsichtsrat, von sämtlichen Vorständen der Provinzialvereine, sowie von allen bestehenden Zeichenlehrerkammern angenommenen Resolution bei, die folgende schwere Mißstände vorträgt:

„Fortgeschlehte, jahrzehntelange Enttäuschungen haben unter der gesamten preussischen Zeichenlehrerschaft sehr tiefgehende Erbitterung verursacht. Trotz zahlreicher Petitionen und Aubittungen wurde die langersehnte Gleichstellung mit den Berufsgenossen in Süddeutschland nicht erreicht und sie mußte zu ihrem Leidwesen erfahren, daß für die künstlerische Erziehung auf den höheren Lehranstalten und ihre Vertreter in Preußen seit 18 Jahren ein ständiger Degenerent nicht vorhanden ist. Die beabsichtigte Einordnung in zwei ausbeugenderstehende Gehaltsklassen bedeutet Nichtanerkennung ihrer Dienstleistung und akademischen Ausbildung und bringt dauernde Spaltung eines gleichen und feiner gleichbesoldeten Beamtenstandes einer gemeinsamen Organisation.“

Unter Hinweis auf die jegliche Zeit des Aufbaus, die durch Qualitätsarbeit nach Form und Gehalt alle Kräfte hierfür zu entfalten suchen muß, wird alsdann die Hoffnung ausgesprochen, daß den nachher gemachten Schäden durch Verufung eines ständigen Degenerenten aus der Organisation der Zeichenlehrer ein Ende bereitet werde. „In letzter Stunde“, sagt die Resolution.

Neue Filme. Das UT-Theater am Rollendorfsplatz läßt jetzt einen Filmwank laufen, dem Serenissimus besichtigt wird. Und zwar so, daß er sich nicht bloß als sprechendes Wankfüßel bemerkbar zu machen hat: er macht sich schließlich in die Filmkondition ein, erscheint auf dem Kammerspiel und bringt die Thosa (die nach dem Titel des Films „ganz ohne Männer nicht geht“) galant zum Abschluß. Aber weder von dem Schwan, noch von Serenissimus läßt sich sagen, daß sie mehr als Durchschnitt sind. Der Wank war bis auf ein paar Einzelheiten in Bild und Wort sanft. Doch siehe sich aus der Mischung von Film und Serenissimus sehr wohl ein lustiges Weineinander schaffen. Das Schlußbild, eine Schütte natter Säuglinge, freichte zur hellsten Fröhlichkeit auf.

Theater. Erdemanns Komödie „Die Kaffeebohne“ wird am Freitag im Residenztheater zum 50. Male aufgeführt.

Ein „Niederbuch für Arbeiter“, aus den Texten der bekanntesten politischen und gewerkschaftlichen Reden des deutschen Proletariats zusammengestellt, ist im Verlag der Buchhandlung Vorwärts erschienen. Das seit Jahrzehnten in unseren sozialistischen Versammlungen, bei Festen, Unfällen, auf Wanderungen immer wieder erklang und in der klopfernden Arbeiterchaft einmurmeln konnte, ist in dem bequem geformten Heft, dessen Preis 60 Pf. einschl. Teuerungszuschlag die Verbreitung fördern wird, enthalten.

Die Schuld der Haktisten.

Die Nationalversammlung erledigte am Mittwoch zunächst eine Interpellation Baereds (Dnat. Sp.) über die Maßnahmen, die die Reichsregierung gegen die anlässlich einer Rotenabstempelung von Polen angeordnete unerträgliche

Erschwerung des Durchgangsverkehrs nach Ostpreußen

zu tun geben. Abg. Baerred (Dnat. Sp.) begründet die Interpellation: Unsere wenigen Rechte werden mit Füßen getreten, besonders Polen, das uns dankbar sein müßte, weil wir ihm die Selbständigkeit verschafft haben, erlaubt sich jetzt die schlimmsten Schikanen. Wir müssen verlangen, daß der Schnellzugverkehr nach Ostpreußen sofort wiederhergestellt wird.

Außenminister Dr. Rötter:

Die polnischen Maßnahmen beweisen, wie recht wir hatten, als wir uns mit aller Macht gegen die Einrichtung des Korridors wehrten und dieses Gebilde eine rein künstliche Konstruktion nannten, die gesunde volks- und nationalwirtschaftliche Grundsätze für einen Wiederaufbau Europas direkt ins Gesicht schlägt. Wir müssen mit der polnischen Regierung unverzüglich zu dem endgültigen Abkommen gelangen, auf das wir nach Artikel 20 des Friedensvertrages Anspruch haben, sonst gehen wir völlig hilflos den Umständen entgegen. Sein Abschluß liegt uns sehr am Herzen, aber die Polen haben den Abschluß durch taktische Manöver absichtlich hinausgeschoben. Um möglichst bald zu einem Abkommen zu gelangen, wurden Verhandlungen mit der polnischen Regierung eingeleitet. Es konnte auch mit gewissen befriedigenden Teilergebnissen geredet werden, als

der Ratsh von 13. März

bezwischens kam. Die Polen broden daraufhin sofort die Verhandlungen ab mit der Begründung, daß die Vollmachten der deutschen Vertreter nicht mehr ausreichen. (Hört, hört!) Versuche, zu neuen Verhandlungen zu kommen, blieben erfolglos. Daraufhin beschloß die Regierung, die deutsch-polnischen Fragen zum Gegenstand der Verhandlungen in Paris zu machen, wie sie der Oberste Rat der Alliierten selbst gewünscht hat; sie begannen am 12. April. Heute haben wir die Nachricht erhalten, daß mit den polnischen Vertretern

ein vorläufiges Einvernehmen erzielt

ist, und daß der Abschluß des endgültigen Abkommens in Aussicht steht. (Hört, hört!) Mit dazu beigetragen mag die Tatsache haben, daß der Vorsitzende der internationalen Kommission in Marimverder gleichfalls gegen die polnischen Sperrmaßnahmen Einspruch erhoben hat. Die Sperrmaßnahme bzw. die Erschwerung des Güterverkehrs hätte durch vertrauliche Besprechungen leicht vermieden werden können. Die Reichsregierung hat sofort Einspruch erhoben, insbesondere auch wegen der Behinderung der deutschen Beamten, das Land während der Sperrzeit zu verlassen. Wir haben die polnische Regierung weiter gebeten, wenigstens den 500 polnischen Reisenden die Ausreisefreiheit nach Breslau zu gewähren. Heute begibt sich eine Abordnung des auswärtigen Amtes, des Reichsjustizministeriums und des preussischen Ministeriums des Innern nach Polen, um über die Frage der Ausreisefreiheit der durch die Sperrzeit in Polen zurückgehaltenen deutschen Beamten zu verhandeln. Es besteht Aussicht, die Passierschwierigkeiten für die Durchreise nach Ostpreußen zu mildern. Zwangsmaßnahmen, wie sie vorgeschlagen wurden, können natürlich nur auf wirtschaftlichem Gebiete liegen. Wir haben damit schon einsehen müssen, weil die Polen ihren wirtschaftlichen Verpflichtungen so gut wie gar nicht nachgekommen sind. (Hört, hört!) Polen ist mit den Vorratserlieferungen gewaltig im Rückstand, Milch hat es überhaupt noch nicht geliefert, ebenso wenig Häufe und Melassefutter. An Mineralöl hat Polen kaum den siebenten Teil geliefert. (Hört, hört!) Selbstverständlich haben wir nun auch die deutschen Lieferungen unterbrochen.

Zwangsmassnahmen sehen uns also nicht mehr zur Verfügung. Wir können nur durch den Ausbau der Verbindung über Ser mit Ostpreußen die Abschmürung ausgleichen und geben den Polen im übrigen zu bedenken, daß Polen und Deutschland aufeinander angewiesen sind, wobei Polen Deutschland sicher abhängiger hat. (Sehr richtig.) Die Reichsregierung wird alles tun, um die Verbindung nach Ostpreußen und zu unseren dortigen Landleuten technisch, wirtschaftlich und geistig möglichst eng zu gestalten. (Lebhafter Beifall.)

Abg. Wolf-Littit (Soz.):

Die polnischen Schwierigkeiten sind ganz haarsträubender Art. Selbst den Abgeordneten Ostpreußens wurde die Durchreise schier unmöglich gemacht. Die Abschmürung Ostpreußens wirkt auf die Provinz Ostpreußen genau wie ein 10tägiger Generalarrest auf die Stadt Berlin. Die Bevölkerung Ostpreußens wendet sich entschieden gegen das rigorose Vorgehen der Polen, aber es sind die Kräfte der jahrzehntelangen betriebenen Völsenpolitik. (Abg. Schulz-Bromberg (Dnat. Sp.): Unerschöpflich! Freiheit!) Herr Schulz hat kein Recht, sich bogegen aufzulegen, denn gerade er und die rechtsstehenden Parteien im Verein mit der kaiserlich-monarchischen Regierung haben

die Polen zu der Haltung getrieben,

die sie heute einnehmen. (Sehr richtig! links.) Wir beurteilen aber das Vorgehen der Polen aufs Schärfste und wir bitten die Regierung, mit Polen und der gesamten Entente erneut Verhandlungen aufzunehmen. Weiter richten wir

an die polnischen Sozialisten

die Bitte, ihrer Regierung begrifflich zu machen, daß uns solche Gewaltmassregeln nur weiter auseinander bringen, die wir doch beide aufeinander angewiesen sind. Auf diese Art wollen wir gutmachen, was gerade die Interpellanten und die alte Regierung durch ihre entsehlende Völsenpolitik gesündigt haben. (Sehr richtig! links.)

Abg. Goldsted (Dem.): Wir müssen bei den Verhandlungen mit den Polen schärfere Lüne finden, was wir dem neuen Außenminister angelegentlich empfehlen. (Beifall.)

Abg. Dr. Heiliger (Nz.): Wenn der Oberste Rat erziehen will, daß den Kundgebungen für Selbstbund und Recht Glaubens geschenkt wird, dann muß er der polnischen Willkür ein Ende machen. Der Seeverkehr nach Ostpreußen muß ausgedeut und staatlich subventioniert werden. Um die dazu nötigen 650 000 Pr. Reg. Lönen zahlen lassen zu können, ist eine entsprechende

Veränderung des Friedensvertrages

notwendig. Auch für die Abstimmungsberechtigten muß die Seezehr nach Ostpreußen ermöglicht werden. Die Regierung muß sich zu einer tatkräftigen Intervention, notfalls auch zum militärischen Schutz bereithalten. (Beifall beim Zentrum.)

Abg. Graf Dohna (Dt. Sp.) und Abg. Schulz (Dnat. Sp.) verlangen von der Regierung eine energische Haltung gegen die Polen. Sie bestreiten, daß die alte Völsenpolitik an der heutigen polnischen Haltung schuld sei. Die auswärtige Politik müsse nach Bismarckschen Grundsätzen geführt werden.

Minister Dr. Rötter: Keines der beiden Zusatzprotokolle vom 2. Januar gibt der polnischen Regierung die geeignete Handhabe zu

Forderungen über den Friedensvertrag hinaus. Wir werden niemals aufhören, Danzig und die Danziger in höherem Sinne als einen Teil unseres Staates und unseres Volkes zu betrachten, ohne aber zu dulden, daß unter dem Deckmantel nationaler Sentiments wirtschaftliche Schiedungen vorgenommen werden.

Reichskanzler Müller:

Den Angriffen der Rechten gegen die Regierung wegen der Wahl des neuen Außenministers stelle ich die einfache Tatsache gegenüber, daß Dr. Rötter von all den Männern, die in Frage kamen, als der geeignetste betrachtet werden mußte. (Muzabe und Juruse rechts.) Wenn Sie (nach rechts)

einen Bismarck in der Westentasche

haben, dann heraus damit! (Sehr gut!) Wir können das Amt auch keinem Diplomaten anvertrauen, der bei aller Tüchtigkeit sich durch seine Tätigkeit unter dem kaiserlichen Regime im Ausland unangenehm gemacht hat. Und gegenüber dem Ruf nach Hochdiplomaten verweise ich darauf, daß die tüchtigsten ausländischen Staatsmänner, wie Millerand, Lloyd George, Pitti usw., auch keine diplomatische Vorbildung hatten. Falsch ist die Behauptung, als ob

Kameradschaftsgründe

bei dieser Berufung mitgesprochen hätten. Von mir und dem Reichspräsidenten kann ich erklären, daß der außerordentliche Bekehr mit Dr. Rötter keine 24 Stunden betrug. Und wenn Herr Schulz sagt, wir hätten das Schwerst zu früh aus der Hand gelegt — wer hat denn darauf gedrungen, daß der Waffenstillstand sofort abgeschlossen werden müsse, und wer hat durch fortwährende

Hintertreibung jeder Versöhnungspolitik

das unglückliche Ende des Krieges heraufbeschworen? Die Herren von der Rechten und von Rapp's Vaterlandspartei waren es! Ich habe zu dem Minister des Auswärtigen das Vertrauen, daß er der geeignete Mann für diesen Posten ist, wenn er auch nicht, was ihm merkwürdigerweise der Abg. Schulz zum Vorwurf macht, dem Parlament entsammt. (Lebhafter Beifall bei der Mehrheit.)

Abg. Gente (N. Soz.): Gerade Herr Schulz müßte mit dem neuen Außenminister sehr zufrieden sein, der mir und meinen Freunden so nationalistisch ist, daß wir kein Vertrauen zu ihm haben können. Aber Herrn Schulz kommt es ja nur darauf an, in letzter Stunde noch eine nationalistiche Heise zu entfalten. Polen läßt sich heute zweifellos von Revandiergrößen und von kapitalistischen Interessen leiten, aber das ist nur die polnische Regierung, und das deutsche Volk darf sich dadurch nicht zu einem nationalistischen Hoch verleben lassen von Leuten, die es einst genau so gemacht haben. Die Zukunft gebet nicht der nationalistischen Bewegung, sondern dem Internationalismus. (Bravo! bei den N. Soz.)

Damit ist die Interpellation erledigt.

Das Gesetz über die Verlängerung des Patentes und Gewerkschaftsgesetz wird in dritter Lesung angenommen.

Es folgt die zweite Beratung des Entwurfs eines

Reichsausgleichsgesetzes,

wonach die vor und während des Krieges fällig gewordenen Verbindlichkeiten zwischen Deutschen und Angehörigen der ebenfalls feindlichen Staaten durch Bewirtung von Prüfungs- und Ausgleichskammern geregelt werden.

Abg. Dr. Rießer (Dt. Sp.) stellt als Berichterstatter fest, daß bei dieser Vorlage alle Parteipolitik geschwiegen hat.

Das Gesetz wird nach kurzer Aussprache in zweiter und dritter Lesung angenommen.

Es folgt die zweite Lesung des Entwurfs eines Gesetzes über die

Veranlagung zur Besitzsteuer.

Das Besitzsteuergesetz selbst soll auf Beschluß des Reichstages (Schlußes nicht mehr erledigt werden, da die nötige Zeit dafür fehlt. Es sind daher nur die Bestimmungen dafür herausgenommen worden, die sich auf die Veranlagung des Zuwachses nach dem geltenden Besitzsteuergesetz und auf die Veranlagung zum Reichsnotopfer beziehen.

Abg. Reil (Soz.) fordert eine Abänderung des Einkommensteuergesetzes dahin, daß die Ermächtigung der Veranlagungskommission, zu entscheiden, ob Vereinigungen Kulturfördernde und nützliche Zwecke verfolgen, gestrichen wird. Die Hinausschiebung der Verabschiedung des Besitzsteuergesetzes selbst behaupten wir zwar aus finanziellen Interessen, während uns aus Parteierwessen daran nicht gelegen sein kann; denn wir hoffen dadurch Gelegenheit, unseren schon in der ersten Beratung in diesem abweichenden Standpunkt im Wahlkampf zu vertreten. Kommt es in bezug auf die Veranlagungsdauer, wie wir die steuerliche Erfassung eines übermäßigen Aufwands mit Recht nennen, kommt uns dies gelegen. Wir hoffen, daß das Volk dieses vom Reichstag gestrichene und von der Mehrheit des Hauses fallengelassene Gesetz in den Wahlen erzwingt und unsere auch in den übrigen Fragen über den bisherigen Entwurf hinausgehenden Änderungen einen entsprechenden Resonanzboden in diesem Haus und damit ihre Annahme verschaffen. Beifall bei den Soz.) Ein Regierungsvertreter hält die vom Abg. Reil beantragte Änderung für wünschenswert.

Abg. Dr. Rießer (Dt. Sp.): Jetzt in den letzten Tagen der Nationalversammlung können wir doch nicht an eine Revision eben angenommenen Gesetze denken.

Abg. Thonell (N. Soz.): Wir sind damit einverstanden, daß die Besitzsteuer von dem neuen Reichstag verabschiedet wird.

Nachdem noch die Abgg. Wollstein (Dem.) und Stamm (Dnat. Sp.) der Vorlage zustimmen, wird sie in zweiter Lesung angenommen.

Teuerungszulagen für die Eisenbahnarbeiter usw.

Nachträglich auf die Tagesordnung gestellt wird dann ein von den Sozialdemokraten beantragter Antrag aller Parteien auf Gewährung von Teuerungszulagen für die Eisenbahnarbeiter und Verwaltungsdienstler.

Präsident Heerenbosh teilt mit, daß der Hauptausschuß einmütig seine Zustimmung gegeben habe und auch die Regierung damit einverstanden sei. Die finanzielle Wirkung des Antrages allerdings sei sehr groß.

Abg. Rosur (Soz.) berichtet über die Ausschüßverhandlungen. Der Ausschuß schlägt vor, die Regierung zu ermächtigen, die Teuerungszulagen für die Eisenbahn- und Verwaltungsarbeiter, die zwischen der preussischen Eisenbahnverwaltung und den Eisenbahnarbeiterorganisationen vereinbart worden sind, auszugleichen.

Reichsfinanzminister Dr. Wirth stimmt trotz der finanziellen Belastung von mindestens 2 Milliarden dem Antrag zu. Wir haben mitten drin in einer neuen großen Lohn- und Gehaltsbewegung, deren erste Welle hier in der Nationalversammlung in Erscheinung tritt; die zweite Welle wird ihre Wirkung bei der Reichsbesetzungsreform zeigen. (Hört! hört!) Unzulässig ist es aber, wenn mitten in die Ausschüßverhandlungen die Parteilagen von Teilstreiks kommen. Ich lehne es ab, mich von bezweifelten Teilstreiks in meinen Entschlüssen leiten zu lassen. Will man die Zuschläge geben, dann muß man sie rasch geben, um Ruhe und Ordnung aufrechtzuerhalten.

Abg. Dr. Pashule (Dem.): So mit dem indirekten Druck dürfen die Dinge nicht behandelt werden. Wenn wir trotzdem zustimmen, so tun wir es mit Rücksicht darauf, daß die zwei beteiligten Minister erklärt haben, die Bewilligung sei im Interesse eines geordneten Fortganges der Betriebe nötig. Durch immerwährende Lohnerhöhungen verbessern wir die Wirtschaftslage nicht, wir erzielen damit nur weitere Steigerungen der Warenpreise, was wiederum neue Lohnerhöhungen nach sich zieht. Nur erhöhte Arbeitsleistung kann uns retten, deshalb fordern wir erneut ein Schlichtungsgesetz, um Streiks zu vermeiden. (Zustimmung d. d. Demokraten.)

Reichsminister Dr. Bess: Die Streikforderungen beurteile ich auch ich, stimme jedoch dem Antrage zu, weil ich ihn für sachlich berechtigt halte.

Abg. Frau Sieg (N. Soz.): Die Energie, die Herr Pashule gegenüber den Arbeiterforderungen angewandt haben möchte, sollte besser gegen die unerbittlichen Preissteigerungen der Schwerindustrie und der Kohlagrarier angewandt werden; denn die Arbeiterforderungen sind nur eine notwendige Folge der unheimlich steigenden Warenpreise, die durch die wucherischen Gewinne der Kapitalisten verursacht sind. (Sehr richtig! d. N. Soz.)

Abg. Rosur (Soz.): Streikforderungen sind nicht im geringsten erfolgt. Gerade Dr. Pashules Partei hat immer die Anpassung der deutschen Warenpreise an den Weltmarktpreis verlangt. Dann müssen sich natürlich auch die Arbeiterlöhne den Weltlöhnen anpassen. Gerade in der Zeit vor dem 13. März gingen die Streiks zurück, der Kapp-Kurz trug auch hier unheilbare Schuld. (Erregte Zustimmung von der Rechten.) W hat auch kein Interesse daran, daß wir Streiks empfinden, aber man muß ihren Ursachen nachgehen und diese abstellen. Die Annahme dieses Antrages ist unbedingt nötig. (Beifall d. N. Soz.)

Abg. Kaden (Nz.): Wir werden dem Antrag zustimmen, weil wir ihn für berechtigt halten.

Abg. Deller (D. N.): Früher war es nicht üblich, Militärforderungen im Landanbruch zu erledigen. Das ist eine Zusammenhang des neuen Systems. Trotzdem stimmen wir zu.

Finanzminister Dr. Wirth erklärt, die Regierung übernehme die Verantwortung für die Ausgabe.

Abg. Beermann (D. N.): Die Beamten warten bereits viel länger auf das Besetzungsgesetz, aber hier droht man verhältlich oder unverhältlich mit dem Streik. Dieser Weg der Rötigung bringt unübersehbare Folgen. Wir sind demzufolge in dieser Stunde nicht in der Lage, der Vorlage zuzustimmen.

Der Antrag wird mit großer Mehrheit angenommen.

Donnerstag 1 Uhr: Maßnahmen gegen den Wohnungsmangel.

Beifall.

Schluß gegen 9 Uhr.

Die Reichseisenbahnen.

Die preussische Landesversammlung übernahm am Mittwoch den Beschlusses zur Abänderung einiger Vorschriften des Gemeindeabgabengesetzes (höchste Heranziehung der höheren und Schöpfung der niederen Einkommen) dem Gemeindefiskus.

Es folgt die zweite Beratung des Beschlusses über den

Staatsvertrag zwischen Preußen und dem Reich

über die „Verreichlichung“ der Eisenbahnen.

Abg. Riebel-Charlottenburg (Dem.) weist als Berichterstatter die im Hauptausschuß der Nationalversammlung geäußerte Auffassung, daß der Vertrag ein Belegstück der Eingekerkelung auf die Taschen des Reichs sei, zurück. Es handelt sich allerdings um ein Objekt von 40 Milliarden Mark, um dem Preußen mit 20 Milliarden beteiligt ist; der Goldwert der Eisenbahnen ist aber ganz erheblich höher.

Abg. Riebel-Charlottenburg (Dem.) zur Begründung einer großen Anfrage über die

Anwendung privatrechtlicher Grundzüge

auf die Eisenbahnen: Der Nettobetrag von über 12 Milliarden Mark geht nur zum Teil auf Lohnforderungen zurück. Dabei ist es erfreulich, daß die Eisenbahnbeamten selbst diese Nettobeträge durch gesteigerte Arbeit wieder einbringen wollen. Die schlechte Finanzlage ist im wesentlichen zurückzuführen auch auf das veraltete Wertmessen. Seine grundsätzliche technische und wirtschaftliche Neuordnung ist die Voraussetzung für die Wiederherstellung der Wirtschaftlichkeit der Eisenbahnen. Verreichlichung, Elektrifizierung und überhaupt alle nützlichen technischen Fortschritte müssen vollständig in Eisenbahnen durchgeföhrt werden; jede Verzögerung bedeutet eine neue Belastung. (Lebhafter Beifall bei den Dem.)

Abg. Riecher (N.) verlangt die Ausdehnung der Jurisdiktion des Landesverkehrsministeriums auch auf die technischen, organisatorischen und wirtschaftlichen Gebiete des Eisenbahnwesens und Erzeugung seines Personalkontingents durch fähige Männer des Wirtschaftslebens.

Abg. Neumann-Wandenburg (Soz.): Die Verreichlichung ist aus Gründen der Wirtschaftlichkeit geboten. Nur durch sie können die höheren Löhne, die nötig sind, gestrichelt werden. Die Landesverkehrsminister sind vom Standpunkt der Zentralisation und der größtmöglichen Wirtschaftlichkeit aus überfällig. Die bayerischen Vorbehalte, so weit sie eine Anstellung der Beamten durch die Bundesstaaten verlangen, sind berechtigt und haben natürlich auch für die anderen Länder zu gelten. Bei der Übernahme muß das Reich die rechtlichen Verpflichtungen der Landesverkehrsminister selbstverständlich übernehmen. Der weitere Ausbau der Eisenbahnen ist trotz des Finanzkrisis unbedingt nötig. Die Kohlenversorgung kann durch die Verreichlichung nur gewinnen. Die finanzielle Regelung ist weder eine Ueberbürdung Preußens noch ein Rückgang auf die Taschen des Reichs.

Abg. Schmedding (N.): Preußen kann mit der Abschmürungsumme zufrieden sein; wir nehmen den Staatsvertrag an.

Abg. Dr. Seelmann (Zentrum): Trotz weiterer Bedenken nehmen wir den Vertrag an.

Abg. Gornick (D. Sp.) begründet einen Antrag auf Aussetzung der Verreichlichung und neue Verhandlungen über den § 8 des Staatsvertrages, der eine Haftung enthalten soll, nach der die Eisenbahnen ein unveräußerliches und unverpfändbares Vermögensobjekt des Reichs sein sollen.

Abg. Dr. Wirth (N.) teilt mit, daß ein Antrag aller Parteien um Gewährung freier Fahrt für die Abgeordneten auf den Reichseisenbahnen eingegangen ist.

Verkehrsminister Oster:

Die Neuorganisation der Reichseisenbahnen wird durch die Verreichlichung nicht aufgehoben. Durch Befestigung verschiedener Ausschüsse hoffen wir die Fehlerquellen zu ermitteln und die nötigen Grundlängen für die Neuorganisation zu gewinnen, die mit Vorbehalt und Borausicht durchgeführt werden muß. Der § 8, der die Verreichlichung der Eisenbahnen von der Zustimmung der Landesregierungen abhängig macht, ist eine völlig ausreichende Sicherung. Deshalb sollte keine Verzögerung des Staatsvertrages einreten, um so mehr, als der Antrag Gornick ein schieres wirtschaftliches Demnis in der Entwicklung der Eisenbahnen herbeiföhren würde. Von einem Rückgang der Länder gegen das Reich kann nicht geredet werden. Der von Preußen geforderte Preis würde ange-

Preiswerte Angebote: Glas - Porzellan - Steingut

Präglas-Service „Diamant“

Kompotts rund	1 ⁵⁰ bis 8 ²⁵
Kompotts viereckig	1 ⁷⁵ bis 6 ²⁵
Butterdosen	5 ⁰⁰ 5 ⁵⁰
Küseglocken	9 ⁵⁰
Zuckerschalen	2 ²⁵ 3 ¹⁵
Honiggläser	4 ⁰⁰
Tabletts	4 ⁷⁵ 5 ⁵⁰
Kompott-Teller	95 Pz.
Sturzflaschen	6 ²⁵

Glasgarnituren

Salatieren	13 ⁷⁵ bis 31 ⁵⁰
Butterdosen	26 ⁵⁰
Küseglocken	18 ⁵⁰
Kuchenteller	60 ⁰⁰
Kompotteller	7 ²⁵
Weingläser	6 ⁷⁵
Vasen	1 ⁷⁵ 2 ⁴⁰ 4 ²⁵
Zitronenpressen	1 ⁵⁰
Fruchtschalen	13 ⁵⁰

Tafelserie „Rosenmuster“

Speiseteller hoch u. tief	13 ²⁵
Abendbrotteller	9 ²⁵
Kompotteller	5 ⁵⁰
Terrinen	110 ⁰⁰
Deckelnapfe	55 ⁰⁰
Saucieren	46 ⁰⁰
Platten oval	26 ⁰⁰ 31 ⁰⁰
Gemüseplatten tief u. hoch	50 ⁰⁰
Kompotts viereckig	21 ⁰⁰ 38 ⁰⁰

Kaffeeserie „Rosenmuster“

Kaffeekannen	41 ⁰⁰
Teekannen	52 ⁰⁰
Zuckerdosen	22 ⁰⁰
Gießer	18 ⁵⁰
Butterdosen	30 ⁰⁰
Eierbecher	4 ²⁵
Tassen	7 ⁵⁰
Marmeladendosen bunt	6 ⁷⁵
Tassen bunt	2 ⁷⁵

Küchengeräte

Waschgarnituren	55 ⁰⁰ 115 ⁰⁰
Satz-Salats wett.	11 ²⁵
Satz-Salats bunt	13 ⁷⁵
Milchtöpfe	6 ²⁵
Kaffeebecher weiß und bunt	1 ¹⁰
Tassen Steingut	3 ⁷⁵
Obertassen Steingut	1 ¹⁰
Steintöpfe, Butten, Satten und Milchtöpfe in grosser Auswahl	

Honiggläser 95 Pz. 1²⁵

Geleegläser 1⁰⁵ 1⁹⁵

Kaffeeservice 45⁰⁰

Frühstückservice 22⁵⁰

Speiseteller 1,35 bunt, Steingut 1,00

Wirtschafts-Artikel

Eier-Verpackkartons für 30, 45, 60 Stück	4,75 8,50 10,50
Eier-Verpackkästen für 30, 45, 60 Stück	10,50 13,75 18,00
Brotbüchsen, Blech lackiert	13 ⁵⁰ 21 ⁵⁰
Fleischhackmaschinen	55 ⁰⁰ 65 ⁰⁰

Brotschneidemaschinen	23 ⁵⁰ 39 ⁵⁰
Kaffeemöhlen mit Tisch zu befestigen	29 ⁵⁰
Spiritusplättchen	67 ⁵⁰ 82 ⁰⁰
Kohlenplättchen	21 ⁵⁰ 22 ⁷⁵

Schmortöpfe 20 25 34 36 cm	12,75 15,50 19,00 23,50
Schmortöpfe mit Ring	20 ⁵⁰ 23 ⁷⁵
Kasserollen mit Ring	30 32 cm 14,75 17,50
Schüsseln 30 35 34 36 cm	10,50 11,75 13,25 15,00

Fleischtöpfe mit Ring 34 cm	14 ⁵⁰
Maschinentöpfe 14 16 18 20 cm mit Ausguss	7,00 9,00 11,00 14,50
Brotbüchsen Emaille	48 ⁵⁰
Essenträger	4 ⁵⁰

Rasenmähaschinen von	125 ⁰⁰ an
Schlauchständer	125 ⁰⁰
Gießkannen 700 1350 bis 5500	
Gartenschläuche Meter	16 ⁵⁰ bis 30 ⁰⁰

Bürsten

Borstenbesen	16 ⁷⁵ 21 ⁵⁰
Borstenhandfeger	6 ⁷⁵ 8 ⁷⁵
Roßhaarbesen	34 ⁰⁰ 39 ⁰⁰

Roßhaarhandfeger	16 ⁵⁰
Teppichhandfeger, Wuschel	16 ⁵⁰
Luffagurken schön groß	4 ⁹⁰ 6 ⁰⁰

Bohnermasse best. ca. 1/2 Pfund 6.00	
Waabware 1 Pfund 10.00	
Stahlspäne Paket 1 Pfund	4 ⁰⁰
Prima Sämisch Fensterleder	
besonders preiswert	

Wandervogelkocher Alumin.	65 ⁰⁰
Schraubdosen	9 ⁷⁵ 15 ⁰⁰
Schraubdosen mit Glasneste u. Elmsitzdeckel	23 ⁵⁰

Taschenflaschen Alumin.	17 ⁵⁰
Trinkbecher Alumin., an-sammenlegbar	8 ⁷⁵ 10 ⁵⁰
Seifendosen Alumin.	5 ⁷⁵

Reise-Artikel

Nach langem, schwerem Leiden entschlief am 20. April im 55. Lebensjahre

das Mitglied des Vorstandes der Siemens & Halske Akt.-Ges., der Direktor des Wernerwerks

Herr Prof. Dr. phil., Dr.-Ing. e. h.

August Raps.

Der Tod hat ihn zu früh aus einem an Arbeit und Erfolgen außergewöhnlich reichen Leben abberufen. In der Zeit, während der er seine geniale wissenschaftliche, technische und organisatorische Begabung in den Dienst des Wernerwerks stellte, war diesem eine schnell ansetzende, großartige Entwicklung beschieden. Ueber die Grenzen des Arbeitsgebietes des Wernerwerks hinaus übte er einen führenden Einfluss aus in der deutschen elektrotechnischen Industrie.

Sein edler Charakter, sein menschenfreundliches Wesen und seine unermüdete Arbeitskraft machten ihn zu einem leuchtenden Beispiel für uns alle. In der Geschichte der Technik, in der Geschichte des Wernerwerks und im Andenken aller, die mit ihm und unter seiner Führung arbeiten durften, wird er als hervorragende Persönlichkeit und zum Vortragsarbeiten begeisternster Führer fortleben.

Die Prokuristen, Bevollmächtigten, Angestellten u. Arbeiter des Wernerwerks.

Sozialdemokratischer Verein Berlin (S. P. D.)
45. St. 771. Bezirk.
Am 18. April verstarb nach schwerem Leiden unser langjähriges Mitglied und Bezirksleiter, der Genosse **Otto Schubert**
Hirtenstr. 22.
Seine letzten Wünsche!
Die Beerdigung findet am Freitag, den 23. April, vormittags 1/2 12 Uhr, im Krematorium, Gerickestraße, statt.
Um rege Beteiligung er sucht.
Die Abteilungsleitung.

Sozialdem. Wahlverein Neukölln (S. P. D.)
4. Abteilung St. Bezirk.
Den Mitgliedern die traurige Nachricht, daß unser Genosse **Frau Marie Jürgens**
verstorben ist.
Seine letzten Wünsche!
Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 22. d. M., nachm. 4 Uhr, auf dem Gemeindefriedhof, Wartenborfer Weg, statt.
Rege Beteiligung erwartet.
Der Vorstand.

Allen Freunden und Bekannten die traurige Mitteilung, daß meine liebe Frau und treue Genossin **Anna Patzwald**
geb. Barz
am 18. April (sanft) entschliefen ist.
Um stille Teilnahme bittet **P. Patzwald als Witwe, M. Patzwald als Sohn.**
Die Beerdigung findet am Donnerstag, 23. April, 4 Uhr nachmittags, von der Kapelle des Heiland-Friedhofes, Witzgenstr., aus statt.
Es wird zu jung, Du stirbst zu früh, mer Dich grüßte, weegst Dich nie.

Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter Ortsverwaltung Groß-Berlin, Johannisstr. 14/15 III.

Freitag, den 23. April, abends 6 Uhr, im großen Saal des Gewerkschaftshauses, Engelauer 15:

General-Versammlung

- Tagesordnung:
1. Geschäftsbericht.
 2. Bericht über den Stand der Tarifbewegung.
 3. Stellungnahme zur Beitragserhöhung.
 4. Verhandlungsangelegenheiten.
- Eintritt nur gegen Vorzeigung der Delegiertenkarte und des Mitgliedsbuches.

Verein der Berliner Buchdrucker und Schriftgießer.

Achtung! Achtung!
Vertrauensleute und Druckereikassierer!

Die Ausschählung der Stimmzettel zur Wahl von 25 Delegierten zur 10. ordentlichen Generalversammlung des Verbandes darf

nicht in den Druckereien erfolgen, wie die Generalversammlung vom 14. April beschlossen hat, sondern die Feststellung des Wahlergebnisses kann nur durch die gewählte Kommission erfolgen.

Die 5. ordentliche Verbandsgeneralversammlung in Dresden beschloß:

„Die Feststellung des Wahlergebnisses nach Druckereien, Orten und Bezirken ist unzulässig.“

Nach diesem Beschluß müssen wir uns richten. Die Vertrauensleute werden daher ersucht, die Stimmzettel kuvertiert und verschlossen mit der Aufschrift der Firma und der Anzahl der abgegebenen Stimmzettel auf dem Bureau, Engelauer 14 I, abzuliefern oder am Donnerstag, den 29. April, an die Kommission im Gewerkschaftshaus, Engelauer 14/15, Saal I, woselbst von nachmittags 2 Uhr ab die Stimmzettelaussählung stattfindet. Die Kollegen werden ersucht, sich recht zahlreich an der Ausschählung zu beteiligen. Die Kollegen derjenigen Firmen, zu denen der Kassentbote nicht kommt, werden ersucht, sich die Stimmzettel von der Verwaltung abzuholen.
29/17 Der Gauvorstand.

Warnung!

Wahre der Mitte Januar d. J. bekanntgegebenen Fälligkeit unserer 10-Rubel-Scheine sind jetzt Fälligkeiten unserer 25-Rubel-Scheine und 20-Mark-Scheine festgestellt worden, vor deren Annahme wir warnen.

- Die hauptsächlichsten Erkennungsmerkmale des falschen 25-Rubel-Scheins sind:
1. Wasserzeichen fehlt.
 2. Alle violetten Zeichnungen sind außerordentlich klar, insbesondere die hohen Punktzahlen in der Mitte und in den beiden unteren Ecken der Vorderseite.
 3. Der schwarze Band auf der Vorderseite ist etwas matter als bei dem echten Schein.
 4. Der schwarze Band auf der Rückseite tritt höher hervor infolge besserer Fälligkeit des violetten Untergrundes.
 5. Der Strich auf der Vorderseite tritt etwas mehr hervor als bei dem echten Schein.
 6. In dem die Mittelzeichnung auf der Vorderseite umrandenden Untergrund sind die beiden seitlichen Teile der unteren grünen einfarbigen Figuren voll grün ausgefüllt und nicht schraffiert wie bei dem echten Schein.
 7. Auf der Rückseite sind die 1-Punkte bei dem Wort Skollinamiosis kleiner.
 8. Die weißen Balken über den Endpunkten der Pfeile, welche vom im Wort Diwidemil bis zum k im Wort Penki reicht, sind höher und treten bedeutend mehr hervor als bei dem echten Schein.
 9. In dem Wort Diwidemil auf der Rückseite fehlt innerhalb der oberen Handlung des s der kleine Kreis.

Die hauptsächlichsten Erkennungsmerkmale des falschen 20-Mark-Scheins sind:

1. Wasserzeichen aufgehoben.
2. Nummern mit Seriensuffixen F bis Z sehr klein.
3. Verhärter Druck der Einlassungsgerichte des Deutschen Reichs.
4. Verhärter 1-Punkt im Namen Pfleger.
5. Fehlen der oberen Schiefe am ersten Strich des M im Namen Marwitz.
6. Bei der Unterschrift Moritz fehlt der Punkt über dem i von rechts oben nach links unten anstatt in umgekehrter Richtung.
7. Das Rejmet in Mittelteil mit der großen Zahl 20000 ist vollkommen wiedergegeben und besteht nicht aus gleichartigen roten weißen Wellenlinien.
8. Unvollständige Ausführung der grünen Zeichnung (siehe die umrandenden weißen Linien in den Ecken).
9. Das D in dem Worte Darlehnskassenschein auf der Rückseite steht senkrecht auf den echten Scheinen dagegen ein wenig vorübergegriffen.
10. Die Zahl 20000 auf der Rückseite rechts oben verbleibt in dem farbigen Untergrund, während die Zahl auf dem echten Schein in den weißen Papieren hineingeht.
11. In dem Wort paxalastas der zweiten Zeile des rechts stehenden Straßennamens fehlt im Buchstaben t der Querstrich.

Darlehnskasse Ost, Berlin.

Tod u. Teufel

30 Jahre einzig bewährt!

Reichs Spezialmittel in unveränderter Stärke wirken durchgreifend u. mit vernichtender Kraft.

Wanzen-Fluid „Radikal“
Flasche M. 3,50, 6,50, 9,50 13,50.

Schwaben-Puder „Martial“
Pak. M. 2,-, 3,50, 7,-, 13,50, Pfund 30,-.

Motten-Pulver unvergänglich
Pak. M. 2,50, 5,-, 10,-, Pfund 20,-.
Anerkennungen aus aller Welt.

Otto Reichel, Berlin SO, Eisenbahnstr. 4.
Fernsprech-Anschlüsse: Moritzplatz 4751, 4752, 4753.
Man weise Ersatzmittel und nehme in den Drogerien nur echten Originalpackungen mit der allein Wirksamkeit verbürgten Marke

Tod u. Teufel

Warnung! Bruchsilber!
Verkaufen Sie Ihr Bruch-Gold und -Silber, sowie Platin, Brillanten und Zahngebisse nicht - bevor Sie den richtigen Preis bei **H. Wiese, Artilleriestraße 30,** erfahren haben, denn der Weg ist sehr lobnend!

Qualitäts-Zigarren

Wir empfehlen laufend unsere hochfeinen für Restaurateure, Konsumvereine, Detailisten u. Privats. Für große Besten Preise. Dreifache 600 bis 2000 St. schick Steuer. Verpackung in 500er von 500 Stück aus verbleibenden Beständen fortgesetzt gegen Rücknahme zu Diensten. Aufträge werden der Reihe nach erledigt.
Giffe & Co. Tabakvertriebsgesellschaft m. b. H. Burgstraße 30, Bahnhof Bf. Telefon: Buchen 9021-9040.

Trotz des großen Preissturzes

zahle ich noch immer für
Kupfer 10,- Messing 6,-
Rotguß 7,- Blei 3,-
Aluminium 10,- Nickel 18,-
sowie Zinn und Quecksilber die höchsten Konkurrenzpreise
Oderberger Str. 1.

Spezialarzt
Dr. med. Hasché
Friedrichstr. 90, direkt am Stadtbahn.
Haut-, Harn-, Frauenleiden
Spr. 10-1, 3-8. Sonnt. 11-1.
Kostenl. Berat. Bez. Zahlung.

Schnellaufbohrer
Schmirgellöcher, Naturstahl, Fräser, Reibahlen, Gewindebohrer, neue, kauft zu allerhöchsten Tagespreisen.

Händler Extrapreise.
Henschel,
Moabit, Rostocker Str. 22.

Alt-Metallhandlung
C. Schröder
Linienstr. 216
kauft

Kupfer, Messing, Blei, Zink zu den höchst. Tagespreisen
Mitglied d. Verband. d. Altmetallhändler Groß-Berlins E. V.

Zur Maifeier

Abzeichen, Ansteckblumen, Fahnen, Stocklisten, Girlanden, Tenzkontrollen, Volksbeistungsartikel usw.
Pohl & Weber Nachf.,
Spittelmarkt 47, Fernruf: Zentrum 5725

PLATIN

stets zu höchsten Tagespreisen.
Gold, Silber in Bruch in Barren
Bronnspitzen, Platinkontakte, Zahngebisse, Quecksilber kauft höchstzahlend
Adolf Friedländer, Berlin,
Kommandantenstr. 29, 1 rechts.
Telephon Moritzplatz 4502

Pflegekinder!

Durch den hiesigen Ortsarmenverband sind (s. mehrere Rinder gegen Zahlung in Höhe von 500,-
Geeignete Personen, welche zur Aufnahme der Kinder bereit sind, wollen Meldungen sofort unter Angabe ihrer Geschäftsanzeige bei uns einreichen.
Wobersdorf, den 17. April 1920.
Der Gemeindevorsteher.
In Vertretung:
Schwarzlose,
646/6.

Trotz Preissturzes

zahle ich für:
Kupfer per kg 11,-
Rotguß " " 10,-
Messing " " 6,-
Blei " " 3,-
Alteisen " " -70
Zeitungsapier 1,60
Fritz Behrens,
Blumenstraße 71,
Recke Markstraße.

Groß-Berlin

Kein Staffeltarif bei der Straßenbahn.

Vor einer neuen Fahrpreiserhöhung?

Einem von der Großen Berliner Straßenbahn verfassten Schreiben entnehmen wir folgendes:

Der Aufsichtsrat der Großen Berliner Straßenbahn beschäftigt sich mit der Abänderung der gegenwärtig gültigen Straßenbahntarife. Die Verbandversammlung hatte seinerzeit den Tarif von 50 Pf. nur vorläufig und den Aufsichtsrat beauftragt, vor einer weiteren Tarifserhöhung auch die Frage der etwaigen Einführung eines Staffeltarifs zu prüfen. Dieser Aufgabe hat sich nunmehr der Aufsichtsrat unterzogen. An der Hand genauer Erhebungen wurde nachgewiesen, daß beispielsweise ein Staffeltarif mit Teilstrecken zu 40 Pf., 60 Pf. und 80 Pf. eine Durchschnittseinnahme von etwa 48 Pf. für den Fahrgast erwarten läßt, also nicht unerheblich hinter dem heutigen 50 Pf.-Einheitstarif zurückbleiben würde. Da der 50 Pf.-Einheitstarif schon heute nicht mehr ausreicht, um die Ausgaben des Unternehmens zu decken, so kann ein solcher Staffeltarif nicht in Betracht kommen. Erst ein Staffeltarif, bei dem der Grundpreis die Höhe des gegenwärtigen Einheitstarifs (50 Pf.) beibehält und in den weiteren Stufen 75 Pf. und 1 Mk. betragen würde, läßt eine merkbare Steigerung des Durchschnittsfahrtpreises für den Fahrgast, und zwar von 50 Pf. auf 60 Pf. erhoffen. Der Aufsichtsrat ist nach eingehender Prüfung einverstanden mit dem Ergebnis, daß ein derartiger Tarif der Verbandversammlung nicht zur Einführung empfohlen werden könnte. Abgesehen von den großen betriebstechnischen Schwierigkeiten, die einem Staffeltarif bei dem außerordentlich starken Verkehr in Groß-Berlin entgegenstehen und mit Sicherheit zu einer Unzahl von Belästigungen und Unbequemlichkeiten für Personal und Fahrgäste führen würde, war für die Stellungnahme des Aufsichtsrats in der Hauptsache die Erwägung entscheidend, daß bei einem solchen Tarif gerade die werktätige Bevölkerung am härtesten getroffen würde, denn da eine Fahrt über 3 Kilometer bereits in der zweiten Staffel und eine Fahrt über 4 1/2 Kilometer schon in der dritten Staffel liegen müßte — bei einer längeren Vermessung der Teilstrecken würde das finanzielle Ergebnis wieder aufgehoben werden —, so würde gerade der Berufsverkehr, der Weg zur Arbeit, verteuert werden. Der Aufsichtsrat wird deshalb der Verbandversammlung empfehlen, an dem Einheitstarif vorläufig auch weiterhin festzuhalten.

Wir bedauern lebhaft, daß der von uns bereits am 10. März geforderte Staffeltarif Ablehnung erfahren hat, verlangen aber, daß die Verbandversammlung diese Frage noch einer sehr eingehenden Prüfung unterzieht. Durch die zwischen den Parteien angefangene neue Fahrpreiserhöhung wird man wiederum nur ein Abflauen des Straßenbahnverkehrs, aber nicht eine solche Mehrerinnahme erzielen, die die Kosten des Unternehmens decken könnte; sein völliger Ruin wäre das Ende vom Liede.

Preußenfraktion und Groß-Berlin.

Die sozialdemokratische Fraktion der Preussischen Landesversammlung schreibt uns:

In der Nr. 203 der „Vossischen Zeitung“ vom 21. April 1920 wird in einer Postskizze, überschrieben „Groß-Berlin in der Landesversammlung“ gefolgt:

„Die sozialdemokratische Fraktion der Landesversammlung die Stimmenabgabe über den Antrag auf Groß-Berlin freigegeben, da aus einer Reihe von Vororten erhebliche Bedenken gegen das Gesetz laut geworden sind.“

Dies trifft nicht zu. Vielmehr haben unsere Vertreter in dem Ausschuss wiederholt ihre Meinung zum Ausdruck gebracht, indem sie für die Regierungsvorlage eingetreten sind, alle übrigen Anträge, die eine Verschlechterung bedeuten, abgelehnt haben; so auch den Absatz 2 in § 40 des Ausschusses, der eine Verschlechterung gegenüber der ursprünglichen Fassung des § 40 bedeutet.

Im ersteren wird gesagt:

„Das Bürgerrecht in der neuen Stadtgemeinde Berlin steht denjenigen Personen zu, die für die Dauer der Gültigkeit der Verordnung vom 24. Januar 1919, Gesetzesammlung Seite 13, gemeindefähig sind.“ Das alte Bürgerrecht

steht nur den Bürgern zu, welche schon zu dem Zeitpunkt des Beginns der Auslegung der Wählerlisten im Besitz des Bürgerrechtes sind und seit einem Jahre ihren Wohnsitz im Sinne des Bürgerlichen Gesetzbuches im Bezirk der Stadtgemeinde Berlin haben.“

Die sozialdemokratische Fraktion wird gegen diese Fassung stimmen und beantragen, daß die Fassung der Regierungsvorlage wiederhergestellt wird, in der gesagt wird, „daß jeder Deutsche männlichen oder weiblichen Geschlechtes das Bürgerrecht der Stadtgemeinde Groß-Berlin besitzt, wenn er zu der gesetzgebenden preussischen Körperschaft wahlberechtigt ist und seit sechs Monaten seinen Wohnsitz im Bezirk der Stadtgemeinde Groß-Berlin hat.“

Es ist deshalb keine Rede von einer Freigabe der Abstammung. Vielmehr wird die sozialdemokratische Fraktion einstimmig für den von dem Ausschuss in zweiter Lesung beschlossenen Gesetzentwurf mit Ausnahme des § 40 stimmen.

Postabonnenten

Damit die regelmäßige Zustellung des „Vorwärts“ im nächsten Monat keine unliebsame Unterbrechung erleidet, ersuchen wir unsere Postabonnenten, das Abonnement für den Monat Mai zum Preise von 7 Mk. inkl. Zustellungsgebühr, bei dem zuständigen Postamt schon jetzt zu bestellen.



Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin

Mordmord in Berlin W.

Ein Kapitalverbrechen lief Mittwochabend die Nord-Sommerstraße nach der Bleibschtr. 30. Dort wurde Kaufmann Otto Eißner ermordet und herabstürzend aufgefunden. Von dem Täter fehlt noch jede Spur. Frau Eißner hatte gestern vormittags um 10 1/2 Uhr die Wohnung verlassen und sich nach ihrem in Rahnsdorf gelegenen Grundstück begeben. Als sie gestern Abend kurz vor 7 Uhr zurückkehrte, fand sie die Wohnungstür unverschlossen. Im Herrenzimmer lag ihr Ehemann neben einem umgeworfenen Stuhl in einer Blutlache auf dem Fußboden. Der sofort hinzugerufene Arzt stellte eine schwere Kopfverletzung fest, die den Schädel zertrümmert und den Tod des Mannes herbeigeführt hat. Die Leichen des Ermordeten waren alle durchwühlt. Aus der inneren Hosentasche war die Brieftasche, aus der Hosentasche das Portemonnaie geraubt. Woher Geld sich darin befunden hat, steht nicht genau fest. Nach Angabe der Frau jedoch mehrere Tausend Mark. Die goldene Uhr hat der Räuber seinem Opfer belassen. Auch aus der Wohnung hat er sonst keine Gegenstände geraubt.

Die ersten Feststellungen haben ergeben, daß das Verbrechen wahrscheinlich um 4 Uhr nachmittags verübt worden ist. Um diese Zeit haben Untermeister Hilferich in der Eißnerschen Wohnung gehört. Auf ihr Klingeln und Klopfen wurde ihnen jedoch nicht geantwortet. Der Mordmörder befand sich offenbar noch in der Wohnung. Durch das Klopfen an der Wohnungstür ist er wahrscheinlich an der vollständigen Ausplünderung seines Opfers gehindert worden.

Was will der Bund religiöser Sozialisten?

Dies war das Thema einer eindrucksvollen Kundgebung, die der genannte Bund in der Elisabethschule veranstaltete. Wie der Leiter der Versammlung, Genosse Dr. Auer, in der Eröffnungsansprache hervorhob, steht im Hintergrund aller Beratungen der Preussischen Generalversammlung die Frage, ob die evangelische Kirche der Zukunft nach dem Wunsch der extremen Rechten zu einer

„massenfeindlichen Winkelzelle politischer Reaktionäre oder zu ein weiten und freien Volkskirche, in der auch Sozialist Heimatgefühl haben können, werden soll. Die drei Referate des Abends brachten zur Darstellung, wie sich der im „Bund religiöser Sozialisten“ zusammengeschlossene Kreis zu Religion und Kirche verhält. Genosse Horrer Dehn äußerte aus, daß die christliche Frömmigkeit nicht in bloßer Innerlichkeit oder lutherischer oder pietistischer oder liberaler Färbung stehen bleibt dürfe, sondern kraftvoll danach trachten müsse, die äußere Wirklichkeit der Welt im Sinne der sozialistischen Forderungen des biblischen Reichthumsgedankens umzugestalten. Gen. v. Harnack, Hilfsarbeiter im Ministerium für Kunst und Wissenschaft, zeigte sodann, welche Voraussetzungen seitens der Kirche zu erfüllen seien, wenn Sozialdemokraten in ihr Heimatort weilen sollen. Die Vertreter der Kirche müßten von der oberflächlichen Verunglimpfung der Revolution zu einer tieferen Erfassung ihres Begriffs vorzubringen suchen; die Kirche müßte, so berechtigt das Eintreten der einzelnen Glieder für Beibehaltung eines verständigen Religionsunterrichts sei, auf die Propaganda für die konfessionelle Schule verzichten und ebenso von einer gewissen Sozialpolitik mit „christlicher“ Etikette, insbesondere berufsständischen Vertretungen unter „christlichen“ Namen, die Hände lassen. Der dritte Redner, Genosse Göring, Funktionär der S. P. D., schloß an eine begründete Kritik der bestehenden Kirche, z. B. ihrer Verherrlichung des kriegerischen Massenmordes, einen warmherzigen Appell an regerer Beteiligung der christlichen Sozialdemokraten an der höchst notwendigen Kirchenreform. Und der Sozialismus könne nur gewinnen, wenn er durch den Einfluß christlicher Ideen bereichert und befruchtet werde.

In der Diskussion sprach ein Vertreter der Generalsynode von „heraldischem Wohlwollen“ derselben gegenüber den Bestrebungen des Bundes. Seine mit köstlicher Eleganz aufgenommene Rede weckte in den Anwesenden den Wunsch, es möchte den gehörten Worten das tatsächliche Verhalten der Synode entsprechen. Die übrigen Diskussionsredner, unter denen Frau v. geordnete Dr. Wegscheider (S. P. D.), besonderen Beachtung erntete, bekundeten sich in wohlwollender Gemüthsart zu den Zielen des Bundes. — Es sei bemerkt, daß sich die Geschäftsstelle des Bundes religiöser Sozialisten in Berlin N.W. 87, Wittstocker Str. 10 (Göring), befindet.

Frauenwahlkonferenz Teltow-Beesow.

Die Konferenz war sehr gut besucht und von starkem Interesse.

Die Genossin Rhynd gedachte in ihrem Vortrage „So nun werden?“ der Hoffnungen, die am Anfang der Revolution standen, und der Hemmnissen, die sich ihren Aktivitäten entgegenstellten. Aus den verschiedensten Ursachen erwies sich die unzulässige Arbeit. Wir glaubten den Krieg hinter uns zu haben und erlebten unter einem ungeheuerlichen Kriegsmantelvertrag einen anderen, der uns Frauen noch tiefer in die Knechtschaft und unter dem Augenblick erfahren, ist uns wohl das selbste. Was anderes bedeutet die Verlegung einzelner Landesteile durch die Sieger als offene Artregung zu stand, den die selben Schurken zu verbieten haben, die den verlorenen Krieg schuldig haben. Ganz allmählich verbesserte sich unsere Lage. Die Ausland sagte Vertrauen zu dem Deutschland, das durch zähe, harte Arbeit wieder emporkommen wollte. Es wird uns schwer zu erst einmal wieder dahin zu kommen, wo wir vor dem 18. März saßen. Es wäre das unverantwortliche Unternehmen geblieben, es hätte Deutschland's Untergang bedeutet. Es war aber nicht nur unverantwortlich, sondern auch dumm. Die Karren von Rechts glauben in Stunden alles zerschüttern zu können, was die Arbeiterkraft 1 1/2 Jahren nach 40-jähriger organisatorischer Vorarbeit aufrecht hat. Sie haben die Rechnung ohne das Volk gemacht. Es ist nicht so unumgänglich, daß es die Leute, die es am 9. November mit Schimpf und Schande davonjagte, mit aller Liebe aufnehmen würde. Es hat sie energisch abgelehnt. Den 2. des 18. März sollte sich die Arbeiterkraft meilen für alle Zeit, in Schlang, den sie gegen die Reaktion geführt hat, sollte Vorbildlich sein für die kommenden Wahlen. Die Frauen haben bei der schwierigen Arbeit im Parlament tapfer gehalten und müssen sich auch in Zukunft tapfer halten. Der kommende Wahlkampf sei ein Zeichen unserer inneren Stärke. Die Parole heißt: „Gegen die Reaktion!“

Im Laufe der sehr lebhaften Diskussion wurde unter allgemeiner Zustimmung aus der Versammlung heraus der Bund zum Ausdruck gebracht, daß Genossin Rhynd auch im Reichstagen Wahlkreis Teltow-Beesow vertreten möge.

Gegen der Erde.

Roman von Knut Hamsun.

Schultheiß Heberdahl kam zu Isak und hatte den Taxator dabei bei sich. Sie waren sehr nah geworden beim Ueberschreiten des Moors und wurden noch nasser, als sie dann im schmelzenden Frühjahrschnee über die Felsen wanderten. Am ersten Tag war der Schultheiß sehr eifrig, am zweiten aber ging er müde dahin und blieb nur weit unten stehen, tief nur und deutete. Nein, es war nicht mehr die Rede davon, die Berge ringsum abzuklären, und die Muldebeermoore sollten erst auf dem Heimweg genau untersucht werden, sagte er.

Das Ministerium hatte viele Fragen gestellt, es hatte wohl wieder eine Tabelle vor, die einzige von diesen Fragen, die einen Sinn hatte, war die nach dem Walde. Ganz richtig, es war etwas Hochwald da, und er fand innerhalb Isaks Viertelmeile, aber es war kein Kieferholz zum Verkauf da, nur gerade genug für den Hausgebrauch. Aber selbst wenn hier Baumstämme gelegen hätten, wer hätte sie meilenweit ins Dorf hinuntergeschaffen lassen? Das konnte nur der Kraftreich Isak, wenn er im Laufe des Winters ein paar Stämme hinunterfuhr und dafür Balken und Bretter bekam.

Es zeigte sich, daß dieser merkwürdige Mann Geißler eine Darstellung gegeben hatte, die man nicht außer acht lassen konnte. Da sah nun der neue Schultheiß und versuchte, seinem Vorgänger etwas am Heuge zu stützen und Geißler zu finden, mußte dieses Bemühen aber aufgeben. So fragte er nur öfter als Geißler seinen Begleiter und Taxator um Rat und richtete sich nach dessen Worten, und derselbe Taxator mußte sich wohl bekehrt und eine andere Ansicht bekommen haben, seit er selbst umhantelte vom Staat kaufen wollte. „Was denkst du über diesen Preis?“ fragte der Schultheiß. — „Fünfundzwanzig Taler ist mehr als genug für den, der es kaufen muß.“ antwortete der Taxator. — Der Schultheiß sagte das Geißler in wohlgelesenen Worten ab. Geißler hatte geschrien: „Der Mann will von jetzt an auch jährliche Steuern bezahlen, er freit sich nicht in der Lage, eine höhere Kaufsumme zu entrichten als fünfzig Taler auf zehn Jahre verteilt. Der Staat muß dieses Angebot annehmen oder dem Mann sein Land und seine Arbeit enteignen.“ — Heberdahl schrie: „Der Mann ersucht ehrenvollig das hohe Ministerium, das Grundstück, das

ihm nicht gehört, auf das er aber bedeutende Arbeit verwendet hat, behalten zu dürfen für 50 — fünfzig — Speiestaler, zu bezahlen in Terminen nach dem wohlwollenden Ermessen des Ministeriums.“

„Ich glaube, es wird mir gelingen, dir das Grundstück zu sichern,“ sagte Schultheiß Heberdahl zu Isak.

6.

Geißler soll der große Stier fortgeführt werden. Er ist ein ungeheures Tier geworden und zu wertvoll, um noch länger auf der Ansiedlung zu bleiben. Isak will hinunter ins Dorf mit ihm, ihn verkaufen und dafür einen netten jungen Stier mitbringen.

„Inger ist's, die das durchgesehen hat, und Inger mußte wohl, was sie tat, wenn sie Isak gerade an diesem Tag fortgehen wollte.“

„Wenn du gehen willst, muß es heute sein,“ sagte sie. „Der Stier ist gemästet, gemästete Ware steht im Frühjahr gut im Preis, er kann in die Stadt geschickt werden. Da werden Riesensummen bezahlt.“ — „Ja, ja,“ sagte Isak. — „Die einzige Gefahr ist, daß der Stier auf dem Hinunterweg wild werden könnte,“ fuhr Inger fort. — Darauf gab Isak keine Antwort. — „Über kein ein Woche ist er immer etwas draußen gewesen, hat sich umgesehen und sich ans Freie gewöhnt.“ — Isak schweig, aber er hingte ein großes Messer am Rücken um und führte den Stier heraus.

„Ich, was für ein Koloss, prächtig und fürchtbar zugleich, keine Reuden schwanften bei jedem Schritt! Er war ziemlich kurzbeinig; wenn er dahinschritt, brach er mit der Brust den Jungwald nieder, er war wie eine Lokomotive. Sein Hals war gewaltig bis zur Unformlichkeit, in diesem Hals wohnte die Stärke eines Elefanten.“

„Wenn er jetzt nur nicht wild wird und auf dich losgeht,“ sagte Inger. — Erst nach einer Weile antwortete Isak: „Nun, dann muß ich ihn eben unterwegs schlachten und das Fleisch fortzuschaffen.“

Inger setzte sich auf die Türschwelle. Es war ihr übel, und ihr Gesicht war brennend rot. Sie hatte sich aufrecht erhalten, bis Isak gegangen war, jetzt versank er mit dem Stier im Walde, und Inger konnte ohne Gefahr stehen. Der kleine Geißler kann schon sprechen, und er fragt: „Mutter weh?“ — „Ja, weh.“ — Er macht seine Mutter nach, greift sich nach dem Rücken und stöhnt auch. Klein-Sibert schlief.

Inger nimmt Geißler mit sich hinein, gibt ihm alles, Socken, womit er auf dem Boden spielen kann, und legt sie selbst zu Bett. Ihre Stunde war gekommen. Sie ist die ganze Zeit bei vollem Bewußtsein, gibt auf Geißler acht, läßt ihren Blick über die Wiege hinwandern und sieht auf die Uhr an der Wand. Sie lächelt nicht, bewegt sich kaum; ein Schweißperle geht in ihren Eingeweiden vor sich, eine Last gleitet flüchtig von ihr ab. Fast im selben Augenblick hört sie ein fremdes Geräusch in ihrem Bett, ein liebes Stimmchen weint. Inger hat Inger keine Ruhe mehr, sie richtet sich auf und schaut über sich hin. Was sieht sie? Ihr Gesicht wird im selben Augenblick schmerzhaft und hart, ohne Ausdruck und Besten, ein Keuchen wird laut, ein so unnatürliches, so erschütterndes wie ein Heulen aus ihrem Innersten heraus.

Sie sinkt zurück. Eine Minute vergeht, sie hat keine Ruhe, das Weinen im Bett wird lauter, sie richtet sich wieder auf und schaut — ach Gott, das jämmerliche von allem, ohne Gnade, und das Kind ist überdies ein Mädchen!

Isak konnte vielleicht noch nicht eine halbe Meile weit gekommen sein, und es war jetzt kaum eine Stunde vergangen, seit er den Hof verlassen hatte. In zehn Minuten war das Kind geboren und umgebracht.

Am dritten Tag kehrte Isak zurück; er führte einen mageren, halbverhungerten Stier, der kaum vorwärts kommen konnte, an der Leine, das Kind war er so lange unterwegs gewesen.

„Was ist es gegangen?“ fragte Inger, und doch war sie selbst recht gedrückt und krank.

„O, es war ganz leidlich gegangen. Ja, ja, während der letzten halben Meile war der Stier allerdings wild geworden. Isak hatte ihn anbinden und Hilfe aus dem Dorfe holen müssen. Als er zurückkam, hatte der Stier sich losgerissen, und sie hatten ihn lange suchen müssen. Na, es war ja alles noch gut abgelaufen. Der Gänbler, der Schladtwich für die Stadt aufkaufte, hatte gut bezahlt.“ — „Und da ist nun der neue Stier,“ sagte Isak, „bring die Kinder heraus und laß ihn auch an!“

Das gleiche Interesse für jedes neue Stück Vieh, Inger betrachtete den Stier, befähigte ihn und fragte nach dem Preis. Klein-Sibert durfte auf seinem Rücken sitzen. — „Es tut mir leid um den großen Stier,“ sagte Inger, „er war so glänzend und brav! Wenn sie ihn jetzt nur ordentlich abschlachten!“ (Fortl. folgt.)

**Kriegsbeschädigtenprotest gegen das neue Versorgungsge-
setz.**

Mit dem seiner Verabschiedung entgegengehenden neuen Militär-
versorgungsgesetz, das die Fürsorge für die Kriegsbeschädigten regelt,
schickte sich gestern eine vom Bund erblindeter Krieger
aus dem Reichsarbeitsministerium abgehaltene Versamm-
lung. Nach Referaten, die den Gesegenswurf in seiner Bedeutung
amtl. für die Kriegsblinden beleuchteten und neben den er-
reichten Verbesserungen die noch unerfüllten Wünsche aufzählten, wurde
die Entscheidung angenommen. Sie protestiert dagegen,
daß der Gesegenswurf den Forderungen der Kriegsbeschädigten und
sonders des Bundes erblindeter Krieger ungenügend Rechnung
trägt, und weist namentlich die Sätze der Bezüge als durchaus
unzureichend zurück. Wenn auch die Ungunst der Finanzlage
ein weiteres Anerkennen werde, so dürfe doch unter keinen
Umständen bei der Versorgung derjenigen gespart werden, die
ihre Gesundheit opferten. Ganzlich unannehmbar sei der
Paragraf, der ein Ruden der Rente bei einem Er-
werbsverlust vorsehe. Von der Nationalversammlung
fordern die Kriegsblinden ein Gesetz mit voller Berücksichtigung
ihrer Wünsche. Dann beschloß die Versammlung, auf Anregung
des Bezirksvorstandes, sich gemeinsam noch dem Reichstagsgebäude
zu begeben. Die Blinden wurden von ihren Frauen und Brüdern
und zum Teil von Hundern geführt und gaben durch vorgetragene
Gedichte bekannt, daß sie für eine ausreichende Versorgung demon-
strieren. Der Zug bewegte sich von der Schornsteinstraße durch
Königsplatz, Dorosteenstraße, Charlottenstraße nach dem Linden-
park und von da durch das Gradenburger Tor nach dem Reichstags-
gebäude. Eine Deputation trug Mitgliedern des Ausschusses der National-
versammlung die Wünsche der Kriegsblinden vor.

Einen selten guten Fang hat die Sicherheitspolizei gemacht.
Der Nacht zum Mittwoch wurde die Sicherheitswache in der
heute Franzfurter Straße benachrichtigt, daß ein Verbrecher dem
Wohnungsgewerblich von Rosolowski in der Großen Franke-
nstraße 140 einen Besuch abgestattet hätten. Die sofort dort-
entstandenen Beamten überprüften in den Geschäftsräumen nicht
enger als acht Männer, die gerade dabei waren, einen
hohen roten Schuwaren zu besetzen. Alle acht Personen wur-
den festgenommen und nach der Sicherheitswache gebracht. Es
wurde sich um die Mitglieder einer 14 Mann starken Einbrecher-
bande, die als „Schrecken des Ostens“ die östlichen Stadtteile
von schon fast geraumer Zeit alljährlich heimsuchten und in
vielen Fällen erhebliche Beute gemacht haben. Unter den
festgenommenen befinden sich vier „Schwere Jungen“, die bereits
in Verurteilung von Verbrechen auf dem Kerkerhof haben. Alle acht Ver-
brecher wurden der Kriminalpolizei übergeben.

Prüfung und Lehrstellenvermittlung. An Stelle der seit
am 1. April d. J. aufgelösten Zentrale für Lehrstellenvermittlung,
Bahnhofstr. 28, wird vom 1. Mai ab das Städtische Be-
rufsbüro, Oranienburger Str. 54 (ehemaliges Postge-
bäude), die Lehrstellenvermittlung und Lehrstellenvermittlung für
Lehrer und Lehrlinge in allen Berufen übernehmen. Es wird ge-
wünscht, daß offene Lehrstellen dort anzumelden. Die Ver-
mittlung ist für beide Teile völlig kostenlos. Sprechstunden wochent-
lich von 9 bis 2 Uhr, Sonnabends von 9 bis 1 Uhr.

Zur Reise in den besetzten Rußland ist ein Reiseausweis
in deutscher Kopie oder gelber Personalausweis, beide mit
Photogramm erforderlich, vorzugsweise ein Reisepaß, mit der be-
zogenen Genehmigung der Militärbehörde, aufgestellt durch die
deutschen Verkehrsbehörden in Mainz, Frankfurt a. M. und
andere, wobei die Anträge zu richten sind.

Die Große Berliner Straßenbahn teilt mit, daß die Wagen der
Linien 7, 15, 17, 18, 1 und 2 vom 22. d. M. ab wieder über ihren jahr-
wöchentlichen Weg durch die Straßensperre in Neukölln verkehren.

Die Tarifkommission erklärt im Referatentent eine Warnung vor
Annahme von Vorschlägen ihrer 12. und 13. Sitzung.

Lichtenberg. Neue Lehrstufenführungen der Jugendbühne. Für
die Zeit vom 27. April bis zum 20. Mai ist die weitere Vorführung von
Schultheatern auf der städtischen Jugendbühne vorgesehen.
Die Vorstellungen werden folgende Bilderreihen bringen:
1. Der Werber. 2. Die Hühner. 3. Kephäische Springmaus.
4. Die Affen auf Barneo. 5. Das wandernde Volk (Schultheater). 6. Eine
Geduldsspiel. 7. Mothausen ob der Lauber. Bei dieser Ge-
legenheit sei darauf hingewiesen, daß neben diesen Schultheatern
in die in den Vormittagsstunden gegeben werden, nach wie
vor nachmittags 4 Uhr Jugendvorstellungen und abends
8 Uhr Vorstellungen für Erwachsene stattfinden. Für
diese Vorstellungen findet regelmäßig freies Programmwechsel
statt. Die Eintrittspreise betragen für die Nachmittagsvorstellungen
für Kinder 40 Pf., für Erwachsene 60 Pf., für die Abendvorstel-
lungen (besonders Programm) auf allen Plätzen 1,50 M.

Freibriefe. In der letzten Gemeindevorstellung
sah sich aus Anlaß einer von den Unabhängigen eingereichten
Interpellation über die Vorgänge in unserer Gemeinde
während des Kapp-Putsches eine politische Debatte. Es
sah dabei auf, daß auch von unabhängiger Seite jede Diktatur von
links verworfen wurde. Von unseren Genossen Spieß und
Kobes wurde eine umfassende Reorganisation der Ein-
wohner- bzw. Ortswehr verlangt und betont, daß an eine
Lösung dieser Frage in unserem Sinne mit allem Eifer gearbeitet
werden wird, um unser Volk aus dem heutigen Zustand unter voller
Aufrechterhaltung der Errungenschaften der Re-
volution einer besseren und glücklicheren Zukunft entgegenzu-
führen. Wichtig war, daß von bürgerlicher Seite niemand das
Wort ergriff. In die von unseren Genossen beantragte Unter-
suchungskommission über das Verhalten von Gemeinde-
beamten während der Kapphochzeit wurden Kades (S.P.D.), Ha-

berer (U.S.P.), Högau (Dem.) und Dr. Wolke (Bürgerlich) gewählt.
Die meisten Vorlagen wurden debattelos angenommen, die Hund-
steuer für jeden ersten Hund auf 100, für jeden weiteren Hund
auf 150 M. festgelegt, der Ratetaxi für 1920 genehmigt, dem An-
trag auf Gewährung von Gemeindefonds zur Verbilligung
von Milch und Kommunalwaren für bedürftige
Kriegsbeschädigte und Kriegshinterbliebene still-
gegeben, die Gewährung einer laufenden Teuerungszu-
lage und einer einmaligen Wirtschaftshilfe an
die Gemeindegemeinschaften und Bureauhilfs-
kräfte und der Inanspruchnahme eines weiteren Bankkredits
zugestimmt. Die Neuwahl der wegen eines formalen Mangels
fehlgeschickten Wahl der Schöffen ergab folgendes Resultat: Kranken-
assenbeamter Pieseler und Lehrer Vonjong (U.S.P.), Privatange-
stellter Weiskopf (S.P.D.), Sanitätsrat Dr. Mod (Dem.), Gärtnerei-
besitzer Jahn (Bürgerlich), so daß die Sozialdemokratie in beiden
Parlamenten die Mehrheit hat.

Friedrichshagen. Die Gemeindevertretung beschloß die Auf-
hebung des kommunalen Lebensmittelbetriebes.
In der Debatte hatte Genosse Ahmann gesagt, daß die Ge-
meindeverwaltung nicht den ihr nach ihrer finanziellen Beteiligung
zukommenden Einfluß in der am Orte bestehenden Einkaufs-
genossenschaft habe. Er machte Vorschläge zur Sicherung eines
größeren Einkaufes, damit die G. m. b. H. ihren jetzigen Charakter
als Interessentenvertretung der Händler verliere und
mehr eine Interessentenvertretung der Verbraucher werde. In
dieser Richtung bewegte sich ein vom Genossen Melele namens der
Fraktion der S. P. D. gestellter Antrag, der einstimmig angenommen
wurde. Die Verhandlung des Bürgermeisters Dr. Stiller und
der Antrag der S. P. D. auf seine zwangsweise Pen-
sionierung betrafen die nächsten Punkte der Tagesordnung. Schöffe
Ranz teilte mit, daß der Bürgermeister auf sein Gesuch vom
Landrat auf drei Monate aus Gesundheitsrücksichten
beurlaubt worden sei. Bei der Beratung des sozialdemokratischen
Antrages, die zwangsweise Pensionierung des Bürger-
meisters beim Landrat zu beantragen, gab Genosse Hedder zu,
daß es seiner Fraktion unzulässig sei, daß der Bürgermeister
überhaupt noch am Orte amtiere. Der Standpunkt, mit dem die
Fraktion bei einer früheren Beurteilung ihre Stellungnahme be-
gründete, werde auch heute noch vertreten. Anzumerken sei, daß
er vielerlei Gutes am Orte geleistet habe. Wie ein Blitz aus
heiltem Himmel habe die Nachricht überbracht, daß der Bürgermeister
wieder drei Monate Urlaub bedürfe. Und besonders erregte uns,
daß er den Urlaub nachsuchte, ohne der Gemeindevertretung
oder dem Gemeindevorstand vorher Mitteilung zu machen.
Da der Bürgermeister zur Pensionierung sein Einverständnis er-
klärt habe, so erwiderte sich der Antrag auf zwangsweise
Pensionierung insofern, als der Weg der zwangsweisen Pen-
sionierung ein schwieriger und langwieriger sei. Deshalb beantrage
er, daß sich die Gemeindeverwaltung mit der Pensionierung zum
Jahresabschluss einverstanden erkläre und auf eine weitere Tätigkeit
des Bürgermeisters bis zum Eintritt des Ruhestandes überhaupt
verzichte. Dieser Antrag wurde einstimmig angenommen.

Die Bezahlung der Gemeindearbeiter und
Hilfskräfte (Angehörigen) ab 1. April wird provisorisch geregelt.
Die der Lohnsteuer unter Dach und Fach ist, soll die schon zu An-
fang des Jahres gewährte Teuerungszulage erhöht werden. Zur
Bildung einer Kommission zur Untersuchung der
Vorgänge beim Kapp-Putsch sprach Genosse
Hedder. Die bedauerlichen Vorgänge in der Woche vom 13. bis
zum 20. März müßten gründlich untersucht werden, da über die
Vorgänge in der Bürgerchaft die kühnsten Gerüchte zirkulierten,
und der Landrat eine Sachbarstellung fordert. Es sei auch zu
untersuchen, wie weit sich Beamte und Lehrer in den Dienst
der Meuterei gestellt haben. Hedder stellte einige unwahre
Behauptungen eines Eingangs des Bekannten Deutsch-
national gerichteten Dr. Peters in der „Niederbarnimer Zeitung“
richtig. Danach ist z. B. die in der Seestraße erfolgte Ver-
mordung des Kapp-Putschisten kein vom Wasserwerk
hinterhältig erfolgt. Tatsächlich ergibt der ärztliche Befund, daß die
Gewehrfluge von vorn in die Brust eingebracht sei. Die Tat
an sich solle durch diese Feststellung der Wahrheit natürlich nicht
beschränkt werden.

In die Untersuchungskommission wurden gewählt: Ahmann,
Hedder (S. P. D.), Wiedemann, Wiser (U. S. P.) und
Söhling, Götting, Krüger (Bürgerlich). Gen. Hedder über-
nimmt den Vorsitz. Er richtet an alle Einwohner, welche über die
Vorgänge sachdienliche Angaben machen können, den Aufruf, ihre
Adresse im Rathaus, Zimmer 13, abzugeben, damit sie durch die
Kommission gehört werden können.

Dem früheren Gemeindevorordneten W. wurde eine Ehrengabe
von 500 M. gestiftet. — Auf Antrag der S. P. D. werden am
1. Mai die kommunalen Betriebe und Schulen ge-
schlossen bleiben.

Groß-Berliner Lebensmittel.
Steglich. 125 Gramm Weizenmehl (15), 125 Gramm Haferflocken (16),
für Jugendliche 200 Gramm Gerstengröße und 1 Paket Milchpulver (50),
für Kinder im 1. Lebensjahre 500 Gramm Gerstengröße, 250 Gramm
Weizenmehl; im 2. Jahre 250 Gramm Haferflocken oder 250 Gramm
Gerstengröße und 250 Gramm Zwieback; 3-6 Jahre 500 Gramm Gerstengröße,
für werdende Mütter 750 Gramm Weizenmehl, 250 Gramm
amerik. Gerstengröße und 500 Gramm Zwieback (52).

Groß-Berliner Parteinachrichten.
Heute, 22. April:
Jungsozialistische Vereinigung (S. P. D.). Ortsgruppe
Süd. 7 1/2 Uhr im Saal der Juristischen Sprechstunde, Lindenstr. 3.
Vortrag. — Ortsgruppe Osten 7 1/2 Uhr bei Vorrath, Komintener

Str. 21. Vortrag. — Ortsgruppe Norden. Dobrolath, Ewin-
münder Str. 11. Vortrag. — Ortsgruppe Neukölln. 7 1/2 Uhr im
Jugendheim Kogatzstr. 58. Vortrag.
Schöneberg. 8 Uhr. Funktionäre und Betriebsvereinsleute.
Verammlung. Göttinger Str. 1. Thema: Die bevorstehenden Reichstagswahlen,
Tempelhof. 7 Uhr im Gymnasium, Kaiserin-Augusta-Str. Vor-
lesung der Generalversammlung.
Königsplatz. 8 Uhr. Mitgliederversammlung bei Ede, Dorst.
Thema: Die zukünftigen Wahlen.

Morgen, 23. April:
Verein sozialdemokratischer Polizeibeamten Groß-Berlin
(Verbandsrat S. P. D.). 5 Uhr in Paderlands Festh. Neue
Friedrichstr. 35: Öffentliche Versammlung der blauen und grünen Polizei-
beamten Groß-Berlin. Tagesordnung: Reaktion und Demante.
Charlottenburg. 12. u. 13. Gruppe. Vortragabend, Kula der
13. Gemeindefrauen, Westfälische Str. 40.
Cottbusstraße. 7 Uhr. Elternversammlung, Kula der 5. Gemeindefrauen.
Thema: Zu den Elternbeiratswahlen der 5. Gemeindefrauen.
Niederhohausen. 7 Uhr. Erweiterte Vorstandssitzung bei Grotz,
Bismarckplatz.

Jugendveranstaltungen.
Seite 1/8 Uhr:
Charlottenburg. Volkshaus, Kogatzstr. 4. Frühjahrsfeier. — Brit-
tula der 1. Gemeindefrauen, Kogatzstr. 120. Gedächtnisversammlung. —
Neukölln. Geim geschlossen. Die Mitglieder beteiligen sich an der
Gründungsfeier in Brit. — Gesundbrunnen. Volks, Kogatzstr. 15.
Dörfelstraße. — Schönhauser Vorstadt I. Eichenburger Str. 20.
Vortrag: Internationales Jugendbewegung. — Schönehauser Vorstadt II.
Kogatzstr. 41/42. Diskussionsabend. — Steglitz-Friedenau. Götting,
Steglich, Dörfelstr. 7. Vortrag: Reaktion und Reaktion. — Südwesten.
Jugendheim, Lindenstr. 3. Hauptversammlung.

Vorträge, Vereine und Versammlungen.
Der Mieterverband Groß-Berlin fordert alle Mieter zu Sonntag
zu Protestversammlungen auf. Die Ortsgruppe Neukölln-
Brit hält ihren Versammlung um 10 Uhr in der Rind-Druckerei, Ger-
mannstr. 214/219, ab. Darin wird erörtert die Mieter welche Rechte sie am
1. Mai zu zahlen haben und wie die Beschäftigtenvertretung praktisch zur
Durchführung kommt. Alle Mieter sind eingeladen. — Ortsgruppe Neu-
kölln des Bundes heimatsreuer Kämpfer. Sonntag, 10 Uhr, in
Kleins Festh. in der Hofstraße, große Versammlung.

Sport.
Der 5. Großkampftag im Circus Busch.
Am Freitagabend bringt die Nationale Sportver-
einigung im Circus Busch den 5. Großkampftag zur Veran-
staltung, der zwei sensationelle Kämpfe auf dem Programm hat.
Der deutsche Schwergewichtsmeister Otto Flint
trifft auf diesem Abend mit seinem alten Widersacher Hans
Breitenstrater zusammen, der in dem Kampf mit dem be-
rühmten Dänen Ederoth seine hohe Klasse bewies. Der Sieger
aus diesem größten Kampf, der zwischen Gegnern überhaupt möglich
ist, dürfte als der beste deutsche Kämpfer und Meister
aller Klassen zu bezeichnen sein. — Richard Raujols, der
deutsche Leichtgewichtsmeister und beste Mann seiner
Klasse, tritt dann gegen den Meister von Italien,
Leopoldo Mariotti, an. Beide Kämpfer repräsentieren in ihren
Ländern die beste technische Klasse und da Mariotti auch schon gegen
den hervorragenden französischen Kämpfer Högrecht war und in seinem
Training in Deutschland bisher noch nicht gezeigtes großes Können
bewies, dürfte diese Begegnung ganz besonders hohes Interesse er-
regen. — Georg Riers-Berlin (140) und Huber-Wandern
(138), der sich den Berlinern zum ersten Male vorstellt, werden den
dritten Kampf des Abends beitreten, der um 7 1/2 Uhr seinen An-
fang nimmt.

Großer Fortuna-Preis und Vierer-Preis. Der nächste Rennen
auf der Olympiabahn findet am Sonntag, 24. Uhr, statt. Der
Weltmeister Walter Kütt, der Schwedische Sieger Willt Lorenz,
der bis jetzt unbesiegte Eugen Stabe und Willi Wader werden sich
zu einem Viererkampf in 4 Läufern stellen. Der Große For-
tuna-Preis, ein Dauerrennen hinter Motoren, wird von Bauer,
Schwall, Pawke, Weiskopf und Rosellen bestreiten und führt über die
Strecke von 60 Kilometer. Außerdem kommt der Helene-
Preis über 40 Kilometer mit denselben Fahrern zum Austrag.
Außer den vorgenannten Rennen gelangen noch ein Prämi-
enfahren über 10 Minuten, ein Vorgabefahren über 1000
Meter sowie ein Einmächtigsfahren über 1200 Meter
zum Austrag, zu denen viele Rennungen unserer bekanntesten
Pflieger eingegangen sind.

In dem Hürdenrennen der Vierjährigen (3000 Meter), dem
Hauptereignis des heutigen Karlsruher Rennfestes (35 000 M.),
gelen als voraussichtliche Starter: Fuhmann (H. Schmidt),
Fritz (Halle), Frede (Johnson), Kildritter oder Höl-
glut (Saager), Hammar (Dyke), Berlin (Bismarck).

Aus aller Welt.
Gerard entfällt weiter. Der frühere amerikanische Postchef
in Berlin, Mr. Gerard, erzählte dieser Tage im New Yorker demo-
kratischen Frauenklub, daß er am Tage der Ermordung Franz
Ferdinands Gost des Kaisers auf der „Hohenzollern“ gewesen sei.
Der Kaiser habe sich ihm gegenüber sehr mißfällig über die Hal-
tung einiger „Kerle“ im Reichstag geäußert und erklärt, er
werde in drei Wochen „ein Ding loslassen“.
Wetterausichten für das mittlere Norddeutschland bis
Freitag mittag. ziemlich kühl, zeitweise etwas aufkarend, jedoch über-
wiegend trübe, mit zahlreichen stellenweise starken Regenfällen.

Lassen Sie Ihr Kind nicht zur Schule gehen

bevor Sie sich die Gewißheit verschafft haben, daß
es wirklich gut sehen kann. An manchem schlechten
Zeugnis sind nur die schlechten Augen schuld. Die
meiste Arbeit in der Schule wird mit Hilfe der
Augen verrichtet. Ein Kind, das nicht so gut sehen
kann wie andere, ist im Nachteil und muß sich mehr
anstrengen, um folgen zu können. Trotzdem tritt
rascher die Ermüdung ein, oft sogar mit Kopf-
schmerzen verbunden, die Aufmerksamkeit läßt nach,
und das Kind bleibt zurück. Kommen Sie mit
Ihrem Kinde zu uns. Wir prüfen kostenlos seine
Sehkraft und verordnen mit Sorgfalt die passenden
Gläser, falls solche nötig und nützlich für Ihr

Kind sind. Gute Brillen für Kinder kosten von
M. 8.— an. Gläser extra. Wollen Sie lieber ein
paar Mark sparen, oder wollen Sie lieber Ihrem
Kinde unnötige Anstrengungen und Zurücksetzungen
ersparen? Sie können mit Vertrauen zu uns
kommen. Auch Sie werden gerne dort kaufen, wo
Sie große Auswahl und billige Preise finden. —
Aber selbst, wenn wir nicht die Billigsten wären, so
dürfen Sie nie vergessen, Sie erhalten unsere große
Garantie, und diese ist wohl wichtig beim Einkauf
von Brillen für Kinder, weil diese öfters etwas zer-
brechen. In der Garantiezeit erhalten Sie außer
für Gläserbruch usw. alle Reparaturen umsonst.



Optiker Ruhnke

Sind's die Augen
Geh' zu Ruhnke.

S chöneberg: Ganzstr. 21, Ecke Kogatzstr.	SO Oranienstr. 34 zwischen Kory- und Oranienplatz	C Spittelmarkt Ede Wallstraße	W Friedrichstr. 103a Ede Dörfelstr. Straße	NW Friedrichstr. 150 Ede Dörfelstr.	N Friedrichstr. 106 Ede Fegelsstraße	Charlottenburg: Kogatzstr. 15 Ede Kogatzstr.
Friedenau: Kogatzstr. 16, Ecke Kogatzstr.	S Kottbuser Damm 10 nahe Jandorf	M Alexanderplatz nahe Kogatzstr.	D Leipziger Str. 113 Ede Dörfelstr.	N Schönehauser Str. 72 nahe Müllerstraße	J Invalidenstr. 164 Ede Dörfelstr.	Neukölln: Kogatzstr. 164 nahe Kogatzstr.
Neukölln: Kogatzstr. 4, Ecke Kogatzstr.	O Franzfurter Allee 14 nahe Tieg	SW Belle-Alliancestr. 4 nahe Jandorf	C Glatze. 1 Ede Potsdamer Str.	S Schönhauser Allee 51 am Bahnh. Rindberg	J Invalidenstr. 117 am Göttinger Pl.	Wilmersdorf: Kogatzstr. 15 nahe Kogatzstr.
Spondau: Kogatzstr. 16, nahe Markt						

Die Berliner Partei zum Wahlkampf.

Groß-Berliner Funktionärkonferenz.

Im „Deutschen Hof“ (Rudauer Straße) tagte am Mittwochabend eine Konferenz der Groß-Berliner Parteifunktionäre der S. P. D. Die Tagesordnung lautete: Unsere nächsten politischen Aufgaben und die Einigung der Arbeiterschaft.

Der Referent, Genosse Köhlig, führte aus: Der 9. November hat kein großes Geschick gefunden. Wir haben bisher eine rein bürgerliche Opportunistspolitik getrieben. Es ist zu bedauern, daß wir auch aus den Ereignissen des 13. März nur wenig gelernt haben. Der 13. März bedeutet einen Zusammenbruch der Regierungspolitik, besonders das System Kossle war dadurch gerichtet. Daß der Putz nicht gelang, das ist nicht das Verdienst der Regierung, sondern der geeinten Arbeiterschaft. (Zustimmung.) Wir haben Kossle lange vorher gewarnt vor dem, was kommen mußte, wenn er sein System forsetzen würde. Aber er hat nicht auf uns gehört. Das ist seine Schuld, die sein Regieren von ihm abwägt. Genosse Krüger hat seine Hauptaufgabe darin erblickt, daß er Kossle und dessen Politik geschützt hat. (Sehr richtig.) Nach dem 13. März hat Krüger zwar erklärt, im vertrauten Kreise habe er immer dem System Kossle Opposition gemacht, er habe das aber aus parteitaktischen Gründen nicht in der Öffentlichkeit getan. (Gelächter.) Das

provokatorische Auftreten der Reichswehroffiziere

hat erst den Liebertrabismus von links ausgelöst. (Widerspruch.) — Den Truppen, die im Januar 1919 für die Regierung gekämpft haben, hätte die Regierung die Treue bewahren müssen. So hätte sie sich eine zuverlässige republikanische Truppe sichern können. Aber die Regierung hat die republikanisch gesinnten Truppen entlassen. Mit Zug und Trug ist man gegen die revolutionären Kämpfer eingeschritten. Alles das hat Kossle gedeckt. — Das System Kossle hat uns auch im Auslande schwer geschadet und viel dazu beigetragen, daß wir den Versailler Frieden bekommen haben. Die Folge davon ist die Verschlechterung unseres Wirtschaftslebens, das Sinken der Valuta, die vielen Streiks. (Allgemeines Gelächter.) — An der Hand dieser Einzelfälle kritisiert der Redner die Regierungspolitik, die nichts zur Durchführung des Sozialismus, aber viel zur Erhaltung des kapitalistischen Wirtschaftssystems getan habe. Die zum Aufbau der sozialistischen Wirtschaft erforderlichen Kräfte seien vorhanden, die Regierung brauche nur an sie heranzutreten. Aber die Regierung wolle diese Kräfte nicht finden. — Es muß

mehr Demokratie in die Partei

einziehen. Man muß dem Vorstand viel mehr als bisher auf die Finger sehen. (Sehr richtig.) — In der Wahlbewegung wird die Parole laut: Die Diktatur, die Demokratie. Unsere Parole muß heißen: Fort mit der Koalitionsregierung, her mit der Arbeiterregierung! (Stürmischer Beifall.) Wenn wir auch nicht die Mehrheit erreichen, so wird die Minderheit der hinter einem sozialistischen Block stehenden Arbeiterschaft so stark sein, daß keine Regierung wagen kann, gegen sie zu regieren. Entweder eine Arbeiterregierung, wenn es sein muß mit Hirsch-Dundersden und kritischen Arbeitern, oder wir bekommen ein Chaos. Von der formalen Demokratie müssen wir uns frei machen. Mancher wird nach diesen Ausführungen sagen, ich sei ein halber Unabhängiger. (Sehr richtig.) Aber da befinde ich mich in guter Gesellschaft.

Unsere Hauptaufgabe muß sein: Demokratisierung der eigenen Partei. Alle Lebensfragen müssen durch Urabstimmung entschieden werden. (Sehr richtig.) Ferner fordere ich: Entmilitarisierung der Nation, nicht nur der Volkstümer. Mit dem ganzen militärischen Schwindel muß aufgeräumt werden. Der Rätegedanke muß in irgend einer praktischen Form verwirklicht werden. (Zuruf: In welcher Form?) Weiter fordere ich eine richtige Sozialisierung, nicht ein Phantom, kein Mißbrauch. Meine letzte Forderung ist eine vernünftige Außenpolitik. Das Ausland kann kein Vertrauen zu uns haben, wenn sich überall die Generale breit machen. Alle diese Forderungen lassen sich nicht verwirklichen durch eine Koalitionsregierung, deshalb fordere ich:

Heranziehen der Koalition

Bildung einer Arbeiterregierung. — Zur Erledigung gemeinsamer Fragen der Arbeiterschaft hat sich die Errichtung von Aktionsausschüssen gut bewährt. Das ist der Weg, wo sich das Proletariat wieder zusammenfinden kann zu gemeinsamer Arbeit. — Um meine Forderungen durchzuführen, ist notwendig die Einbeziehung an den Sozialismus und der Mut der Konsequenz. Den habe ich bei den führenden Parteigenossen seit dem 9. November fast überall vermisst. Wenn wir uns in diesem Sinne betätigen, dann wird sich das Proletariat wieder zusammenfinden, und dann müssen sich auch die Führer wieder finden. (Lebhafter Beifall.) Der Redner empfiehlt eine im Sinne seiner Ausführungen gehaltene Resolution. Die Diskussion wird eröffnet und die Redezeit auf 10 Minuten festgesetzt.

Kuttner: Unsere nächste Aufgabe muß sein, die Regierung zu energischem Handeln und zu Taten zu zwingen, die deutlich zeigen, daß die noch immer bestehende Gefahr der Gegenrevolution endlich beseitigt wird. (Sehr richtig.) Wenn das nicht geschieht, dann sind die Wähler für uns verloren und die Zukunft gestaltet sich sehr trübe. Wie vor dem 13. März, so muß ich auch jetzt wieder warnen. Es muß ein starker Druck auf die Regierung ausgeübt werden, daß sie uns endlich Taten lehren läßt. Der ganze Militärapparat kann ja nicht mit einem Schlag beseitigt werden. Aber die Regierung hat bis jetzt noch nicht gezeigt, daß es ihr ernst ist mit der Umänderung der Reichswehr in republikanischem Sinne. Die Verhältnisse in Pommern hält die Regierung nicht für beunruhigend. Wie es in Pommern aussieht, zeigt ein Artikel der „Deutschen Allgemeinen Zeitung“. Darin wird gesagt, daß in Pommern 4000 Volkstümer unter Waffen stehen, die ihren Hauptort auf der Insel Dänholm haben, die so stark befestigt und bewacht ist, daß nicht einmal der Regierungspräsident Zutritt finden kann. — Für die gegenwärtige Situation ist es kennzeichnend, daß Ehrhardt immer noch im Reichswehrministerium und im Gruppenkommando ein- und ausgeht und daß sich keiner der Offiziere findet, der ihn verhaftet. Major Wilsa, der jetzt nicht mehr im Reichswehrministerium, sondern auf Veranlassung der monarchistischen Offiziere auf eine andere Stelle versetzt ist, hat gesagt, der Kurs von Kossle wird weiter gesteuert und beschleunigt. — Der Redner verweist auf Erlasse der allerneuesten Zeit, die dahin wirken, daß die Republikanisierung der Reichswehr verdrängt wird. Die Regierung muß sich darüber klar sein, daß nicht die Entmilitarisierung der Reichswehr am Plage ist, sondern daß die Republikanisierung der Truppe durchgeführt werden muß. — Jetzt endlich geht man in Berlin an die Aufstellung einer republikanischen Truppe. Das hätte schon längst geschehen müssen. Wenn wir nicht zu der Republikanisierung der Reichswehr kommen, dann werden wir einen zweiten Putz erleben. Jetzt laufen die republikanisch gesinnten Soldaten, deren es sehr viele gibt, haufenweise davon, aus den Erwidlungen, die ich in meinem Artikel „Wenn ich Reichswehrosoldat wäre“, angestellt habe. — Unsere Situation hat sich verschlechtert. Das ist aber kein Grund, den Boden der Demokratie zu verlassen. (Sehr richtig.) Wenn Genosse Köhlig sagt, eine Mehrheit, die 48 Prozent der Bevölkerung hinter sich hat, könne gegen die Mehrheit von 52 Prozent regieren, so muß ich dem widersprechen. In der Demokratie kann nur die Mehrheit bestimmend sein. Außer einer weisheitsvollen Demokratie gibt es auch eine tatkraftige Demokratie. Auf sie müssen wir bei den Wahlen hinarbeiten, indem wir eine sozialistische Mehrheit schaffen. (Sehr richtig.) Auf der Grundlage der acht Punkte kann vielleicht eine Arbeitermehrheit zustande kommen. Zeigen Sie der Regierung, daß Sie die Masse sind, auf die sie sich stützt, und daß wir nur hinter der Regierung stehen, wenn sie Taten zeigt, wie sie die Situation erfordert. Die Regierung muß

gegen die Diktatur von rechts

wenigstens ebenso stark ausschlagen wie sie gegen die Diktatur von links ausgeschlagen hat. (Starker Beifall.) Der Redner empfiehlt folgende Resolution:

Die Berliner Funktionärkonferenz ist überzeugt, daß die an ererbendwerte Entpolitisierung der Reichswehr zurzeit undurchführbar ist und in ihre gerades Gegenteil schlägt, weil ein reaktionäres Offizierskorps alle darauf abzielenden Erlasse und Verordnungen zum Wortwand nimmt, um einseitig die zuverlässig republikanisch gesinnten Elemente aus der Reichswehr zu entfernen, während Gegenrevolution und Monarchismus ungehindert ihre Wesen treiben.

Dringendes Gebot der jetzigen Stunde ist schnelle Republikanisierung der Reichswehr!

Die Regierung wird aufgefordert, den unheilvollen Kurs der Entpolitisierung restlos preiszugeben. Dazu ist erste Voraussetzung die Aufhebung vorer aus dem falschen Kurs heraus geordneter Erlasse, und zwar:

1. Erlass Kossles vom 17. Juli 1919.
2. Erlass Ebert-Müller vom 1. April 1920.

An ihre Stelle hat ein unterzüglich herauszubringender Erlass zu treten, der den auf dem Boden der Republik und der Verfassung stehenden militärischen Organisationen Anerkennung verleiht und ihre Mitglieder gegen Mißhandlung und Schikane schützt.

Küh erklärt sich gegen die Koalitionspolitik, er bezweifelt aber, daß ein Zusammenarbeiten mit den Unabhängigen möglich sei. Der Wahlausfall der Unabhängigen zeige, daß sie nicht entschlossen seien, mit uns eine Einheitsfront nach rechts zu bilden. Wir müssen eine Einheitsfront in den eigenen Reihen bilden.

Kießhalm: Der Wille zur Einheit der Rassen muß endlich zur Tatsache werden. (Großer Beifall.) Das System Kossle hat Schiffbruch gelitten. Jetzt sollte Kossle auch aufhören, im Gesundheitsauschuss zu reden. (Beifall.) Was er über die Verhältnisse in Kiel gesagt hat, ist nicht richtig. — Den sozialistischen Ministern müssen anstatt der alten Geheimräte sozialistische Mitarbeiter an die Seite gesetzt werden. — Die Reichswehr muß republikanisieren werden. Wir brauchen keine Generale, keine Strategen, denn wir wollen keinen Krieg führen. Das Heer muß ein Volksherr werden. (Beifall.)

Stamper kann der Resolution Köhlig nicht zustimmen und empfiehlt die Resolution Kuttner. Weiter führt der Redner aus, daß er die von Köhlig vertretene Auffassung, auch eine Minderheit von 48 Prozent könne regieren, nicht teilen kann. Die Demokratie, die wir in unserer Organisation fordern, muß auch für die höchste Instanz im Reiche gelten. Wenn der Mehrheitswille nicht gelten soll, dann ist die Gewalt unvermeidlich. Wir können den Sozialismus nicht verwirklichen, solange wir nicht in

Kampf mit geistigen Waffen

die Mehrheit auf unsere Seite gebracht haben. Was würden Kautsky, Ströbel und andere sagen, die sich bei den Unabhängigen gegen die Diktatur wenden, wenn sie sehen, daß ihnen ein Mehrheitssozialist in den Rücken fällt, indem er für eine Herrschaft der Minderheit eintritt. Köhlig tritt für ein gemeinsames Vorgehen mit den Unabhängigen bei den Wahlen ein. Das läßt sich nicht verwirklichen, denn eine gemeinsame Liste von uns und den Unabhängigen wird sich nicht aufstellen lassen. Eine Gemeinsamkeit im Kampf kann nur bestehen, wo eine Gemeinsamkeit der Ziele vorhanden ist. Wir wollen Gemeinsamkeit in allem, was wirklich gemeinsam ist, aber Klarheit in allem, wo noch keine Gemeinsamkeit besteht. So allein werden wir zu der Einigkeit gelangen, die unser aller Ziel ist. (Lebhafter Beifall.)

Max Cohen verlangt Beseitigung aller verantwortlichen Stellen durch Sozialisten. Die Beamten des alten Systems, die noch überall vorhanden sind, müssen beseitigt werden. Es gibt Parteigenossen genug, die zur Beseitigung solcher Stellen fähig und bereit sind, aber man nimmt sie nicht, weil sie in manchen Punkten eine andere Meinung vertreten wie die führenden Parteigenossen. Nicht nur die Regierung ist schuld an den unerfreulichen Zuständen, die wir jetzt haben, sondern auch die, die ihr den Steigbügel gehalten haben. Zu denen gehört Genosse Krüger. Er muß als politischer Führer ebenso ausgespielt haben, wie Kossle. (Lebhafter Beifall.) Bei den Wahlen wird die Opposition überhäuft werden und die alten Ränder werden wiederkehren. Die Partei darf sich nicht auf kleinbürgerliche Kreise stützen. Den Kern der Partei muß die Industriearbeiter-schaft bilden. Die ist aber aus der Partei hinausgetrieben, weil man ihre Forderung hinsichtlich des Rätegesetzes nicht erfüllt hat. Statt dessen haben wir jetzt das unzulängliche Votriessgesetz. Der Redner tritt unter lebhaftem Beifall für die Einigung der Arbeiterschaft ein.

Erdelstein wendet sich gegen Krüger, weil er das System Kossle unterstützt habe. Er verlangt die Heranziehung sozialistischer Mitarbeiter in den Ministerien und meint, solche würden sich genug finden, aber man nehme nicht solche, die eine oben nicht genehme Meinung vertreten. Das trifft zu auf die Genossen Wiffell, Kaliski, Max Cohen.

Franz Krüger wendet sich gegen die Behauptung, daß solche Genossen, die eine von den Führern abweichende Meinung vertreten, nicht zur Mitarbeit herangezogen werden. (Große Ironie.) Die Rede, die Cohen hier gehalten habe, sei nichts anderes als eine Kandidatenrede. (Beifall und Widerspruch.) Gegen die Ausführungen des Genossen Köhlig sagt der Redner, es ist nicht richtig, daß die Aufstände von links durch das Auftreten der Offiziere hervorgerufen sind. Im Gegenteil, erst nachdem der bewaffnete Putz von links einsetzte, sind die Freiwilligenkorps zum Schutz der Regierung und der Verfassung gebildet worden. Der Redner verteidigt sich gegen persönliche Angriffe, die ihm in der Diskussion gemacht wurden, besonders gegen den, daß er das System Kossle unterstützt habe. Man soll nicht kritisieren, was Kossle getan hat, sondern man soll auch, wie ich es tue, die Umstände berücksichtigen, unter deren Wirkung das System Kossle entstanden ist. Für die an der Spitze stehenden Genossen kann es nicht nur darauf ankommen, zu kritisieren, sondern die Hauptsache ist, die Partei zur praktischen Arbeit aufzumuntern. (Beifall.) Wenn Kautsky als einer der neuen Männer empfohlen wird, so muß doch gesagt werden, daß er Mitarbeiter der „Völkischen Zeitung“, eines der reaktionärsten Blätter, und deshalb bei aller Anerkennung seiner Verdienste als Parteigenosse als sozialistischer Mitarbeiter nicht empfohlen werden kann. Köhlig forderte den Ausbau des Rätegedankens, er sagt aber nicht, auf welchem Wege das erreicht werden soll. Durch solche Stimmungsmomente dürfen wir uns nicht beeinflussen lassen. Mit der Forderung des Genossen Köhlig: Fort mit der Koalitionsregierung, her mit der Arbeiterregierung, bin ich vollkommen einverstanden. Eine Arbeiterregierung ist aber nur möglich, wenn sich die Arbeiterschaft geschlossen hinter die sozialistischen Parteien stellt. Die geschlossene Front nach links ist nicht an uns gescheitert. Scheidemann und auch Kossle haben wiederholt erklärt, daß die Personenfrage kein Hindernis der Verständigung bildet. Auch ich habe hier diesen Standpunkt vertreten. Bei den Verhandlungen anlässlich des Rapp-Putzes habe ich es durchgesetzt, daß Kossle zurücktreten mußte. Wenn eine Regierung mit den Unabhängigen hätte zustande kommen können, dann würden wir uns an keine Person geklammert haben. Wenn die Unabhängigen damals erklärt hätten, sie wollten mit mir und Lademann nicht verhandeln, dann hätten wir an dieser Frage die Einigung gewiß nicht scheitern lassen. Die Einigung ist nicht an der Per-

sonenfrage, sondern daran gescheitert, daß die Unabhängigen sich an das Programm ihres Leipziger Parteitag gebunden fühlen. Es handelt sich also um grundsätzliche Meinungsverschiedenheiten. Wenn Genosse Köhlig eine Minderheitsregierung befürwortet, dann vertritt er nicht nur eine abweichende Meinung, sondern er trennt sich damit von der Sozialdemokratischen Partei. Wir halten fest an der Mehrheitsregierung. Wenn Sie den einen oder den anderen Führer nicht wollen, dann wählen Sie andere, aber bedenken Sie den Kampf innerhalb der Partei. Die Einigung mit den Unabhängigen erreichen wir nicht durch würdevolle Kriederei, sondern durch Verständigung. Wir müssen eine Politik treiben, welche die Zukunft der Arbeiterklasse verbürgt. So werden wir nicht zur Diktatur, sondern zur Mehrheitsregierung der Arbeiterschaft kommen. (Starker Beifall.)

Bernhard Krüger betont gegenüber Cohen, daß die Industriearbeiterschaft hinter unserer Partei steht. Man soll es doch nicht so hinstellen, als ob wir Arbeiter Plünderer sind, die sich von Krüger einseitig lassen. (Starker Beifall.) Wenn Krüger Fehler gemacht hat, so wollen wir nicht vergessen, daß auch jeder von uns Fehler gemacht hat. Das System Kossle ist entstanden, weil sich keine Arbeiter für die Reichswehr gemeldet haben. Wenn wir nicht zu einer Verständigung mit den Unabhängigen kommen, so liegt das nicht an uns. In den Betrieben sind wir von unseren linksstehenden Kollegen rechtlos gemacht worden.

Ein Schlußantrag wird angenommen. 19 Redner sind noch eingezeichnet.

Köhlig vertritt im Schlußwort nochmals seinen Standpunkt gegenüber den Diskussionsrednern.

Dann folgte eine lange Reihe von persönlichen Bemerkungen. Max Cohen wehrte sich gegen die Annahme, daß er nach einem Mandat über eine Stellung lege.

Die Resolution Kuttner wurde einstimmig angenommen. Die Resolution Köhlig wurde abgelehnt und mit großer Mehrheit angenommen wurde folgende von Stamper-Krüger eingebrachte

Resolution:

„Die Parteifunktionäre der S. P. D. Groß-Berlins erklären in der schleunigsten und energigsten Durchführung der Berliner acht Punkte, insbesondere soweit sie die Republikanisierung aller militärischen Formationen, die Demokratisierung der Verwaltung und die Sozialisierung betreffen, die dringendste Aufgabe der Regierung, die nur bei deren Erfüllung die Unterstützung der Arbeiterschaft finden kann.“

Die bevorstehende Reichstagswahl muß von der Arbeiterschaft dazu benutzt werden, eine sozialdemokratische Parlamentsmehrheit zu schaffen, um die Bahn frei zu machen für eine entschiedene und reise demokratische und sozialistische Politik. Zur Herbeiführung einer Einigung mit der U. S. P. auf diesem Boden, unter Ablehnung jeder Diktatur, sind die Funktionäre jederzeit bereit.“

Stellungnahme der Frankfurter Genossen.

Frankfurt a. M., 21. April. (Eigener Drahtbericht des „Vorwärts“.) Eine außerordentliche Mitgliederversammlung des Sozialdemokratischen Vereins Groß-Frankfurt besaßte sich Mittwochabend mit dem bevorstehenden Reichstagswahlkampf. Einmütig war man der Auffassung, daß der Hauptfeind rechts steht und zum anderen kam unerschütterlich zum Ausdruck, daß man für den kommenden Kampf außerordentlichen Opfern zeigen müsse. Man beschloß, außer einem monatlichen Sonderbeitrag von 2.— M. noch durch besondere Sammlungen und Wahlsondarmen die Kosten für die Wahlen, die diesmal ungeheure Summen erfordern, aufzubringen.

Demonstrationen in Hamburg.

Hamburg, 21. April. (Eigener Drahtbericht des „Vorwärts“.) Trotz der Warnungen und trotz der Verhandlungen mit dem Senat über die Forderungen des ordnungsmäßig gewählten Erwerbslosenrates bestanden die Kommunisten und Syndikalisten heute Arbeitslofendemonstrationen, an denen etwa 2000 Personen teilnahmen. Die Sicherheitswehr gab an verschiedenen Stellen Schreckschüsse ab, zu ernsthaften Zusammenstößen ist es jedoch nicht gekommen.

Eisenbahnerprotest.

Gegen die Werkstätten-schließung.

Der Deutsche Eisenbahnerverband hatte zu Mittwochabend eine öffentliche Versammlung nach der „Neuen Welt“ einberufen, die sich mit der wirtschaftlichen Lage der Eisenbahner beschäftigte. Der Bezirksleiter Knebel gab eine Uebersicht über die Verhandlungen wegen der Teuerungszulage und teilte mit, daß der Vorstand mit den größten Schwierigkeiten zu kämpfen gehabt hat. Der Regierung ist schließlich erklärt worden, daß die Eisenbahner in den Streik treten müßten, wenn die Teuerungszulagen nicht bewilligt würden. Darauf hat der Finanzminister am Dienstag telefonisch eine Zulage von 80 Pfennigen für die Stunde zugelegt. Der Abg. Koser hat auch im Ausschuss der Nationalversammlung erst mit dem Generalstreik drohen müssen, um die Zustimmung für die Zulage durchzubringen. Auch über die Frage der Wiedereinstellung der Entlassenen ist die Regierung zu neuen Verhandlungen aufgefordert worden.

Durch die Diskussion zog sich das Verlangen nach Vereinheitlichung der Eisenbahnergewerkschaftsbewegung. Auch wurde allgemein verlangt, daß die Wiedereinstellung der Entlassenen event. durch einen Streik erzwungen werde. Als Vertreter des Hauptvorstandes leitete Steinberg unter lebhafter Bewegung mit, daß nur die Schließung der ersten sechs Werkstätten auf Kabinetsbeschluss erfolgte, die anderen Schließungen aber gegen den Willen des Arbeitsministers schied. Große Erregung rief auch die Mitteilung hervor, daß noch immer Eisenbahndirektions-Präsidenten im Amte sind, die den Rapp-Putz unterstützen haben, wie z. B. die Präsidenten Oer in Halle und Jahn in Essen. Dieser letztere trägt durch sein Verhalten mit die Schuld daran, daß die Arbeitergruppen gegen Essen marschierten, um diese reaktionäre Zentrale zu stürzen. Endlich ist jetzt ein neungliedriger Untersuchungsausschuss gegen die Rappisten eingesetzt worden. Schließlich brandmarkte der Redner das Verhalten der anderen Eisenbahnerverbände, die eine neunste Arbeitsstunde angeheben wollen, wenn nur die Unterbeamten je eine Stunde in der Besoldungsordnung hinausgehoben werden. Die Opposition gegen den Hauptvorstand kam noch durch einen Phrasenschwall Gefäßes zu ihrem Recht, dann wurde einstimmig folgende Resolution angenommen: „Tausende von Eisenbahnen, die am 21. April in dem völlig überfüllten Saale der „Neuen Welt“ versammelt sind, erheben schärfsten Einspruch gegen die rigorose Schließung der Werkstätten und noch mehr gegen das äußerst reaktionäre Verhalten bei Wiedereinstellungen. Die Verstaatlichungen gewinnen dadurch in immer höherem Maße den Anschein der gewerkschaftlichen und politischen Mißregelung. Diese Vorgänge und das Verhalten einzelner Beamter der Eisenbahnerverwaltung während des Rapp-Putzes haben das Mißtrauen der Eisenbahner in so hohem Maße gestärkt, daß sie die sofortige Entfernung der reaktionären Beamten für unbedingt erforderlich halten. Sie erklären in dem Verbleiben des Ministers Oeser und des Präsidenten Bull in ihren Ämtern keine Gewähr dafür, daß den gerechten Forderungen der Eisenbahner und dem Bestand der Republik entsprochen wird.“ Annahme fand auch ein Antrag, aus dem seit dem 1. Januar rückwirkend zu zahlenden Teuerungszulagen den durch die Werkstätten-schließungen in Notum geratenen eine Unterstützung zu überreichen.

Gewerkschaftsbewegung

Der Streik der Müllkutscher beendet.

Nach mühevollen, langwierigen Verhandlungen ist in dem seit fiebeneinhalb Wochen währenden Streik der bei der Wirtschaftsgenossenschaft in der Abteilung Müllabfuhr beschäftigten Arbeiter zwischen den Parteien eine Verständigung erzielt worden. Entbrannt war der Konflikt um die Anerkennung des vom Schlichtungsausschuß Groß-Berlin gefällten Schiedspruches, welcher den Arbeitern eine Teuerungszulage ab 19. Januar 1920 zusprach. Die W. G. machte die Anerkennung des Schiedspruches von einer 10prozentigen Mehrleistung — statt 100 Kisten pro Tag abgefahren werden — abhängig. Dies lehnten aus den in der Presse bereits angeführten Gründen die Arbeitnehmer ab. Da die Gesellschaft an der verlangten Mehrleistung festhielt, die Kutscher hierauf nicht eingingen, auch die von den beiderseitigen Verhandlungskommissionen in der am 13. d. Mts. stattgefundenen Verhandlung erzielte Verständigung auf 105 Kisten von den Streikenden abgelehnt wurde, diese nur 103 Kisten zugeföhren wollten, geschloß schließlich jede Verständigung an dieser Klippe. Mittlerweile wurde der Tarifvertrag, welcher am 30. d. M. abläuft, von den Arbeitern gekündigt und neue Forderungen eingereicht. Hierüber fand am 20. d. Mts. eine Verhandlung statt, welche folgendes Ergebnis zeitigte:

Die Arbeitsleistung beträgt 105 Kisten pro Tag. Der Lohn für Kutscher beträgt ab 1. Mai 275 M., Schaffner 255 „ Verladearbeiter 240 „ Stallente 210 „ für die Hofarbeiter waren 100 „ bewilligt.

Hier wurde von den Beteiligten noch eine Aufbesserung auf 200 M. pro Woche gewünscht.

Der Schiedspruch ist anerkannt und die Teuerungszulage soll ab 19. Januar 1920 bis zum Eintritt des Streiks am 28. Februar 1920 nachgezahlt werden. Außerdem erhalten für die Mithilfe bei Befreiung des Streiks auf den Höfen angekauften Mülls die Arbeitnehmer 50 Proz. des durch den Streik entgangenen Lohnes — für sieben Wochen berechnet — ausbezahlt. Hierfür sind die Kutscher und Schaffner verpflichtet, fünf Wochen lang pro Tag drei volle Fuhrten Müll abzufahren. Ueber die übrigen Bestimmungen des Tarifvertrages, über welche noch nicht verhandelt ist, sollen die Verhandlungen nach Aufnahme der Arbeit fortgesetzt werden. Eine am 20. d. M. tagende Versammlung der Streikenden nahm nach eingehender Aussprache dieses Angebot an und beschloß, die Arbeit am 21. April aufzunehmen. Damit hat der auch für die Bürger so unangenehme Streik, welcher bei etwas einsichtigerem Verhalten der W. G. hätte vermieden werden können, seine Beendigung gefunden.

Frieden im Gastwirtsgewerbe.

Bei den Verhandlungen am Mittwoch wurde zunächst eine Einigung über die Teuerungszulagen erzielt. Es erhalten die mit Kost und Wohnung Angestellten in den Hotelbetrieben 25 M., in allen anderen Geschäften 20 M., die nur mit Kost Angestellten in den Hotels 35 M., in den anderen Geschäften 30 M., und die ohne Kost und Wohnung Angestellten in den Hotels 45 M., in den anderen Geschäften 40 M. Die verheirateten Köche erhalten überall die Hälfte. Betreffs der Beschäftigungsbeihilfen einigte man sich auf Beträge von 150, 100, 75 und 50 M., letztere für die Angestellten unter 18 Jahren. Doch soll es den Betriebsräten gestattet sein, mit ihren Arbeitgebern über höhere Sätze zu verhandeln und evtl. die Entscheidung der Organisationen und der Schlichtungskommission anzurufen. Die Bier-, Saal- und Varietégeschäfte sind als weniger leistungsfähig an die vorstehenden Sätze jedoch nicht gebunden. Zur Frage der Bezahlung der Generalstreiktage erklärten sich die Arbeitnehmer damit einverstanden, daß einstweilen ein halber Wochenlohn gezahlt wird. Von ihren Forderungen noch erweiterten Rechten der Betriebsräte nahmen die Angestellten Abstand. Alle Streikenden werden wieder eingestellt, soweit sie sich nicht strafrechtlich vergangen haben. Infolge dieser Abmachungen sollen Donnerstag mittag alle Betriebe wieder geöffnet werden, wenn die Ausständigen in den am Vormittag stattfindenden Versammlungen sich mit den Vereinbarungen einverstanden erklären. Die kaufmännischen und technischen Angestellten sowie die Hotelbeamten werden

Donnerstag abend im Zeit 3 zu den Vereinbarungen Stellung nehmen.

Unternehmerkampf gegen das Betriebsrätegesetz.

Die Arbeiterschaft der Firma Dr. Erich R. Guth, Ref. i. Funkentelegraphie, Berlin SW., Wilhelmstr. Nr. 130/32, befindet sich seit dem 12. April im Streik. Der Grund ist folgender: Bei obiger Firma besteht seit einiger Zeit ein Betriebsrat. Die Direktion entließ aus wichtigen Gründen je ein Mitglied des Angestelltenrates sowie des Arbeiterrates fristlos. Der Obmann des Angestelltenrates war schon vorher, unmittelbar nach Aufstellung des Wahlvorschlages gekündigt und bis zum endgültigen Austrittstermin beurlaubt worden, offenbar, um sich feiner zu entledigen. Auf Grund dieser Vorläufe ist die Arbeiterschaft — nachdem trotz mehrmaligen Einspruchs des Angestellten- und Arbeiterrates die Direktion auf ihrem brüsk ablehnenden Standpunkte verharrte, — als Protest dagegen in den Streik getreten. Die Angestellten-Gesellschaft verbleib im Betrieb. 12 Angestellte, die sich weigerten, Streikarbeit zu leisten, wurden daraufhin ebenfalls aufs Straßenpflaster gesetzt. Die Direktion will bei einer evtl. Wiederaufnahme der Arbeit, die nur unter bedeutend verschlechterten Bedingungen gegenüber den bisherigen Verhältnissen stattfinden könne, nur 50 Proz. der alten Belegschaft wieder einstellen, selbstverständlich nach eigener Wahl, unter Ausschaltung der gesetzlichen Vertretung der Arbeiterschaft. Der Willkür wäre hier Tür und Tor geöffnet. So steht das Mitbestimmungsrecht des Betriebsrates bei der Firma Dr. E. R. Guth aus. Wir unterbreiten diese Tatsachen der Öffentlichkeit mit der Bitte an alle Klassenossen, Solidarität zu wahren.

Annahme des Schiedspruches für die in Reichs- und Staatsverwaltungen beschäftigten Lohnempfänger.

In einer stark besuchten Versammlung in den „Arminhallen“ nahmen die Vertrauensleute und Arbeiterauschüßmitglieder der Verwaltungen, Mitglieder des Verbandes der Gemeinde- und Staatsarbeiter, zu dem am 10. April gefällten Schiedspruch Stellung. Nach einem umfassenden Bericht des Bevollmächtigten Scharlau empfahl dieser der Versammlung die Annahme des Schiedspruches.

Es erhalten nach dem Schiedspruch vom 1. April ab Wochenlöhne: Gruppe A. Männliche: I. 105—210 M., II. 185—200 M., III. 150—195 M., Gruppe B. Weibliche: I. 140—155 M., II. 130—145 M.

Reinigungsfrauen, die nur stundenweise beschäftigt werden, pro Stunde 2,75 M. Sofern Frauen mindestens 6 1/2 Stunde bei geteilter Arbeitszeit tätig sind, wird ihnen der volle Wochenlohn gezahlt.

Vorübergehend Beschäftigte erhalten den Lohn wie nach einem Dienstjahr. Neben diesen Wochenlöhnen wird eine Kinderbeihilfe von 40 M. pro Monat für jedes Kind bis zu 16 Jahren gewährt. Anfang Juni und August tritt die Kommission erneut zusammen, um eine Nachprüfung der Teuerungszulage vorzunehmen. Der Tarif selbst gilt bis 30. September 1920.

Nach außerordentlich lebhafter Debatte, in der für Annahme und auch Ablehnung des Schiedspruches plädiert wurde, ist der Schiedspruch mit Mehrheit angenommen worden.

Zur Lohnbewegung der Friseurgehilfen.

Der Interessenverband der Arbeitgeber hat den Schiedspruch abgelehnt, obgleich mehrere Annahmen, worunter die Perückenmacher-Annahme, sich für seine Annahme erklärt haben. Der Arbeitnehmerverband hat beim Demobilisierungskommissar beantragt, den Schiedspruch als allgemein verbindlich zu erklären. Nachträglich hat der Interessenverband beim Schlichtungsausschuß einen neuen Termin beantragt mit Befragung aus den Reihen der beteiligten Arbeitgeber- und Arbeitnehmervertreter des Berufes. Die erhöhten Preise werden seit Anfang dieses Monats gefordert, die Regelung der Lohnfrage aber wird immer weiter hinausgeschoben versucht. Zur Illustration des Verhaltens des Interessenverbandes sei erwähnt, daß in Hamburg die Zwangsinnung einstimmig einer Lohnfestsetzung von 150 M. wohnentlich zugestimmt hat, während dieser den Schiedspruch mit 145 M. Wochenlohn verworfen hat, bei gleichen Bedienungsparaten. Die Gehilfenversammlung am Donnerstag abend wird zu der Situation Stellung nehmen. Ist eine Verbindlichkeitsklärung des Schiedspruches nicht zu erwarten, bleibt nur der Streik übrig.

Entlassung der Automatenkassierer und -füller.

Von der Sektionsleitung der Einlassierer und Kassaboten (Deutscher Transportarbeiter-Verband) wird um gekündigt: Die Eisenbahnverwaltung hat den Vertrag mit der Aktien-Gesellschaft für automatischen Verkauf, Anzahlstr. 10, per 1. Mai 1920 gelöst. Die Steigerung der Fahrpreise, die Sperrung des Verkaufs der Bahnsteigkarten, der Mangel an Kleingeld sind Veranlassung dieser Maßnahme. Durch diese Vertragslösung werden die Automatenkassierer und -füller hant betroffen, sie sind zum 1. Mai d. J. gekündigt, nachdem sie 20—30 Jahre ihrem Arbeitgeber treue Dienste geleistet und

äußerst miserabel entlohnt wurden. Bis zum Frühjahr 1919 zahlte die Gesellschaft für automatischen Verkauf den niedrigen Lohn von 40 M. pro Woche; im Laufe des Jahres wurde derselbe auf 60 M., später auf 70 M. erhöht. Laut Schiedspruch sollte er ab 1. Januar 1920 auf 110 M. steigen, wenn die Eisenbahnverwaltung die Pachtsumme an die Gesellschaft für automatischen Verkauf erhöhen beziehungsweise heraufsetzen würde. Die Eisenbahnverwaltung lehnt dies ab. Seitens der Organisation der Kassierer und Füller wurde die Eisenbahnverwaltung ersucht, die in Frage kommenden Angestellten in den Eisenbahndienst zu übernehmen. Bis dato ist auf eine diesbezügliche Eingabe keine Antwort erfolgt. Wir machen darauf aufmerksam, daß diese alten bewährten Leute als Fahrkartenverläufer ohne Bedenken zu verwenden wären, werden doch jetzt junge 17- bis 20-jährige Herren und Damen (oft Söhne und Töchter der Beamten) dazu verwendet. Die Aktien-Gesellschaft für automatischen Verkauf will die Leute mit einer Abfindung von 200 bis 300 M. abspesen, trotzdem in den letzten Jahren noch stets Dividenden verteilt wurden und andererseits ein Pensions- und Unterstützungsfond von angeblich 800 000 M. vorhanden ist. Hier wird es Sache des Herrn Demobilisierungskommissars sein, dafür zu sorgen, daß den Angestellten eine angemessene Abfindung gezahlt wird. Die Angestellten verlangen eine Aufteilung des Pensions- und Unterstützungsfonds zu ihren Gunsten, denn die Herren Direktoren und Aktionäre beziehen ihre Gehälter und Dividenden von der Schwestergesellschaft Schokoladen- und Nahrungsfabrik in Wittenberge ruhig weiter. Die Eisenbahnverwaltung sollte die Uebernahme der Leute nochmals ernstlich prüfen, denn es wäre unverantwortlich, dieselben dem Elend preiszugeben, nachdem sie 20 bis 30 Jahre auch im Interesse der Eisenbahnverwaltung hervorragende Dienste geleistet haben.

Achtung, Buchdrucker!

Die Ausgabe von Material und Informationen für die Abstimmung findet nicht in der Kochstraße, wie gestern irrtümlich angegeben, sondern im Pfefferberg, Zimmerstr. 34, neben Scharl, bis einschließlich Freitag, den 23. April, von nachmittags 5—7 Uhr statt.

Pflege und Förderung der Betriebswissenschaften.

Bei dem Verein deutscher Ingenieure hat sich vor einiger Zeit eine Arbeitsgemeinschaft deutscher Betriebsingenieure gebildet, die sich die Förderung und Pflege der Betriebswissenschaften zur Aufgabe gemacht hat. Die Bestrebungen der Gesellschaft liegen lediglich auf sachlichem Gebiet; sie ist gewissermaßen eine organisierte Selbsthilfe, um die Lücken auszufüllen, die infolge unzureichender Berücksichtigung der Betriebswissenschaften an den Technischen Hoch- und Mittelschulen vorliegen. Für die Durchführung dieser bedeutungsvollen Aufgabe hat die Reichsregierung dem Verein deutscher Ingenieure Mittel zur Verfügung gestellt.

In allen Industriebezirken sind Ortsgruppen der Arbeitsgemeinschaft gebildet. Ein wichtiger Gegenstand des Arbeitsplanes ist die wirtschaftliche Gestaltung unserer Gütererzeugung, eine Aufgabe, von deren Lösung der Wiederaufbau unserer Wirtschaft wesentlich abhängt. Die Teilnahme an der Arbeitsgemeinschaft ist kostenlos. Die Geschäftsstelle befindet sich im Ingenieurhaus, Berlin NW 7, Sommerstr. 4a.

Die Kuno-Tarifverhandlungen abgebrochen! Infolge Ablehnung der Forderungen des Zentralverbandes der Film- und Kinoangehörigen ohne Gegenvorschläge der Arbeitgeber kann man die Tarifverhandlungen als durch die Hartnäckigkeit des Abg. Professor Dr. Leibig (D. Vst.) abgebrochen bezeichnen.

Verband des Volk- und Telegraphenpersonals (Mitgliedschaft im Deutschen Transportarbeiter-Verband). Reinigungsfrauen sämtlicher Volk-, Fernsprech-, Telegraphen- und Telegraphenbauämter des Oberpolizeidirektionsbezirks Groß-Berlin. Sonntag, den 20. April 1920, nachmittags 2 Uhr, im „General-Hotelhaus“, Engelstr. 15 (Saal 5): Versammlung Tagesordnung: 1. Die Lohn- u. s. w. Forderungen der Reinigungsfrauen zum Reichstest; 2. Diskussion; 3. Organisationsfragen.

Zentralverband der Angestellten. Versammlungen morgen Freitag: Fachgruppe 2 (Hilfsangestellte des Baggage- und Postdienstes): Allgemeine Betriebsversammlung, abends 6 Uhr, Altems Reithof, Hohenheide 11/13 (Erläuterung der Betriebsrätearbeiten). — Fachgruppe 4a (Sektion der Verlichtungssetzungsbeamten): nachm. 4 1/2 Uhr, im Dresdener Kasino, Dresdener Str. 96 (Bericht über Tarifbewegung). — Fachgruppe 17 (Angestellte der Butterhandlungen): abends 8 Uhr, in den Reithöfen „Hilf-Berlin“, Blumenstr. 10 (Die neuen Forderungen zum Licht).

Achtung, Betriebsratsmitglieder, die den Organisationen der Afa angehören! Montag, den 26. d. M., findet in Hancrlands Reithofen, Neue Friedrichstr. 33, eine Betriebsratserversammlung statt. Beginn 7 Uhr. Das Erscheinen jedes Betriebsrates ist Pflicht. Mitgliedsbuch legitimiert. Arbeitsgemeinschaft freier Angestelltenverbände. Ortssekretariat: Berlin SW 61, Belle-Alliance-Str. 7/10.

Achtung, K. Vorkig! Wir ersuchen sämtliche Krierer und Stemmer, am Freitag früh 6 1/2 Uhr sich zur Wiederaufnahme der Arbeit in der Werkstatt einzufinden. Die Lohnkommission: J. H. : Bork.

Bericht für den redaktion. Teil: Felix Müller, Charlottenburg; für Anzeigen: Ab. Gluck, Berlin; Verlag: Bornhörs-Verlag G. m. b. H., Berlin; Druck: Bornhörs-Verlag u. Verlagsanstalt Carl Engel u. Co. Berlin, Lindenstr. 2, 10789 u. 2 Villagen.

A. WERTHEIM

Damenhüte

- Tagalhüte moderne Formen und Farben 42⁰⁰ 58⁰⁰
- Bortenhüte handgenäht, mit verschied. Garnit. 68⁰⁰
- Halbranken in sparten Farbenzusammenstellungen, aus gutem Material 9⁷⁵ 12⁰⁰
- Vollranken in hellen Farbenzusammenstellungen, mit Bast und Gras verbunden 16⁷⁵ 22⁰⁰
- Kirschengehänge in mod. Farben, mit Laub verbunden 4⁷⁵
- Abgepaßte Schleier mit Gold- und Seidenbordüren 12⁵⁰ 16⁵⁰
- Frottéborte in vielen Farben Meter 2⁰⁰
- Viskaborte in vielen Farben Meter 2⁰⁰



Handschuhe

- für Damen
- Zwirn schwarz, durchbrochen 7⁵⁰
 - Seide schwarz und weiß, porös und glatt 12⁵⁰
 - Baumwolle dünne Qualität, 2 Druckknöpfe, farb. schöne Farben 16⁵⁰
 - Schwedenersatz 2 Druckknöpfe 19⁵⁰
 - Leinenersatz weiß, schwarze Aufsicht 24⁵⁰
 - Seide weiß, schwarz, farbig, 2 Druckknöpfe 24⁵⁰
 - Leinenersatz weiß, schwarz, farbig, beste Qualität 29⁵⁰
 - Ziegenleder weiß od. schwarz, gute Qualität, mit Druckknöpfen 32⁵⁰
- für Herren
- Schwedenersatz farbig, 1. Qualität 18⁵⁰
 - Leinenersatz farbig, mit Druckknopf 21⁵⁰
 - Leinenersatz farbig, gute Qualität 26⁵⁰